Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt", vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 228. Donnerstag, den 28. September 1916. 23. Jahrg.

Die Reichskonferenz.

(Zweiter Verhandlungstag.)

Vorsitzender Ebert eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr und gibt das Wort zum Korreferat

Haase: Auf die Mahnung Scheidemanns zur Leidenschaftslosigkeit folgten die beschimpfenden Kraftworte Eberts und Scheidemann selbst hat durch die Unterscheidung zwischen Akademikern und Arbeitern gewissermaßen an die schwielige Faust appelliert. Niemand in diesem Saal wird das Walfisch-Flugblatt verteidigen, aber man darf nicht eine Flugschrift herausreißen, um alle zu verdammen, man muß den Nährboden berücksichtigen, aus dem diese Flugschriften herauswachsen. Verzerrte Pamphlete sind eine Folge der Zensur. Waren es Feiglinge, die unter dem Sozialistengesetz anonyme Flugschriften verbreitet haben? — Die Verlesung des Briefes jener unglücklichen Frau aus dem Rheinland gehört zu denjenigen Methoden, die unter keinen Umständen bei uns Platz greifen dürfen. Wir haben den verhafteten Genossen stets unsere Sympathie zugewendet (Zuruf: „Wenn sie im Dienste der Partei tätig waren!"), wollen Sie bestreiten, daß diese Genossen nicht auch glaubten, im Dienste der Partei zu handeln? (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Opposition.) Das Antistreikflugblatt hat tief verbitternd gewirkt, zumal es von den Anklagebehörden ausgenutzt werden kann. Bei einer früheren Gelegenheit, im März 1915, hat der Parteivorstand nur in einem Rundschreiben vor der Verbreitung eines Manifestes gewarnt, auch dieses wurde schon ausgenutzt. Es besteht Grund zu der Annahme, daß ein Berliner Gewerkschafter, der die Verbreitung dieses Aufrufs ablehnte, deshalb verhaftet wurde. (Hört, hört!) — Der Redner weist auf die Sympathiekundgebung für Liebknecht hin und wendet sich gegen die Abschüttelung derartiger Regungen, sowie besonders entschieden gegen die Reichstagsrede Heines am 18. Januar 1916, in der Heine auch scharfe Maßregeln gegen diejenigen billigte, die auf die Erhaltung eines einheitlichen Geistes der Tatkraft und der Abwehr, des Willens zur Vaterlandsverteidigung nicht Rücksicht nehmen. (Lebhaftes Hört, hört! bei der Opposition. — Dr. David: Heine hat das aufgeklärt!) Es genügt, daß solche Aeußerungen fallen. Gerade Heine sollte seine Worte nicht so sorgfältig abwägen, wie man es jetzt tun muß! Und die „Fackel" ist so weit gegangen, gewisse Flugblätter als englisch-russische Lockspitzelei hinzustellen, die Propaganda als ehrlos und vaterlandslos. (Hört, hört! und Zurufe.) Daß diese Parteigenossen guten Glauben und Willens sind, kann man doch nicht bestreiten, nicht einmal alle Staatsanwälte sehen in diesen Handlungen wirklichen Landesverrat. Durch Aufrufe und Warnungen kan der Parteivorstand nicht eine Bewegung niederschlagen, die aus solcher Zeit entsteht. Keiner von uns empfiehlt wilde Streiks, aber man soll Verständnis für die darin ausbrechenden Gefühle haben. (Zuruf: Aber davor warnen darf man!) Glauben Sie nicht, daß das nutzen wird. — Der Redner erklärt es gegenüber einer angeblichen Denunziation für unwahr, daß die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft Vertrauensmänner in Holland oder aus Holland gekommene in Deutschland hat. Ebert hat neun Spielarten der Opposition entdeckt, aber wenn man von der alten Fraktion die Genossen absondert, die in wirklichen Grundfragen die sozialistischen Anschauungen nicht mehr vertreten, dann hat der Fraktionsvorstand und der Parteivorstand in der alten Fraktion nicht mehr die Mehrheit und darum stützt er sich auf eine Anzahl politischer Köpfe, die er von sich abstoßen muß; gegenüber ihren bedenklichsten Seitensprüngen ist er überaus milde, gegen die Opposition geht er von vornherein mit schwerstem Geschütz vor. Gewiß greifen die Spartakusleute uns noch heftiger an als die Mehrheitsfraktion, aber Sozialdemokraten müssen auch die allerherbste Kritik ertragen, wir ziehen nicht gegen jedes Schimpfwort mit einer geharnischten Erklärung vom Leder, schon um nicht die Opposition immer weiter von uns zu treiben. Es ist richtig, daß, wie Ebert ausführte, die Partei sich für ihre Abstimmung vom 4. August 1914 nicht irgendwelche Versprechungen von der Regierung hat geben lassen. Richtigstellen aber will ich den Irrtum, daß ich es gewesen sei, der vor dem 4. August die Verhandlungen mit der Regierung geführt habe. Ich wurde am 26. Juli 1914 in das Preußische Ministerium des Innern geladen und holte Braun telegraphisch dazu — Ebert, Scheidemann und Molkenbuhr waren von Berlin abwesend — es handelte sich bei dieser Unterredung lediglich um unsere Protestversammlungen gegen den drohenden Krieg. Man erklärte uns, daß die Regierung diese Versammlungen nicht verbiete, auch gar nicht das Recht dazu habe, uns aber aufzuklären wünsche, damit diese Versammlungen nicht eine Gefahr für den Frieden würden; es komme alles darauf an, ob die panslawistische Strömung in Rußland die Ueberhand gewönne, unsere Redner sollten deshalb vermeiden, durch irgend eine unvorsichtige Bemerkung dieser Strömung in Rußland Nahrung zu geben; wenn Rußland gegen Oesterreich vorgehen sollte, würde Deutschland sich an die Seite Oesterreichs stellen. Ich erklärte sofort, daß David in unserem Namen im Reichstag ausgeführt hatte, das Bündnis zwischen uns und Oesterreich-Ungarn sei ein reines Defensivbündnis, dessen Voraussetzungen nicht gegeben seien, wenn Oesterreich zuerst zum Kriege gegen Serbien schreite. Man erwiderte mir, daß die bürgerlichen Parteien und die Regierung den Vertrag nicht so auslegen. Eine weitere Unterredung habe ich mit keinem Manne aus der Regierung bis zum 3. August gehabt, an welchem Tage ich der Besprechung des Reichskanzlers mit den Vertretern sämtlicher Reichstagsfraktionen beiwohnte. Allerdings hatte der Reichskanzler, während ich als Mitglied des Internationalen Sozialistischen Bureaus in Brüssel war, wegen einer Unterredung bei mir antelephoniert; auch Ebert, Scheidemann und Molkenbuhr waren abwesend, er wandte sich deshalb an Südekum, der sofort den Parteivorstand benachrichtigt hat. Wir hatten uns im Parteivorstand einmütig dahin verständigt, unter keinen Umständen während des Krieges von der Regierung irgend eine Gefälligkeit zu fordern, um auch nicht den Verdacht aufkommen zu lassen, als ob wir irgend eine Erkenntlichkeit dieser Art von der Regierung erwarteten. Ich habe auch unter Berufung darauf die Reklamation einiger Genossen aus dem Parteivorstand zurückgewiesen, der Parteivorstand stimmte darin überein, daß er nicht als Parteivorstand, sondern nur seine Mitglieder als Inhaber von Geschäften aus geschäftlichen Gründen Reklamationen beantragen dürfen. Etwas ganz anderes ist aber die Frage, ob wir die gegebene Situation nicht mit allen Kräften auszunutzen hätten, um politische Rechte zu erwerben. (Zustimmung bei der Opposition.) Solche Forderungen in solcher Zeit haben aufstrebende Klassen stets als ihr Recht angesehen. Was ist nun geworden? Nichts, wenigstens nichts Wesentliches ist in dieser Zeit erreicht worden. Bei der Lebensmittelversorgung haben die Agrarier und der Handel trotz unserer Aktionen das Möglichste erreichte — die Agrarier haben ihre Taktik angewandt, wir die unsrige nicht. Mit Eingaben erreichen wir nichts, die Handhabung von Zensur und Belagerungszustand ist Ihnen bekannt. Wir haben eben keine Macht. (Zuruf: „Weile Sie keine Macht entwickeln wollen." — Rufe: Warum denn nicht? — Gegenruf: Weil Sie sich als Regierungshandlanger gefallen!) Die Reform des Vereinsgesetzes ist eine Lappalie, § 3 wurde nicht geändert, sondern nur ausgelegt und mit Fußangeln versehen. (Sehr wahr! b. d. Opposition.) Wir haben Verbrauchssteuern und die Umsatzsteuer bekommen. Auf unsere Abstimmung über die Kriegssteuervorlage kam es gar nicht an, die bürgerlichen Parteien hatten bereits ihr Steuerprogramm fertig und brauchten dafür das Feigenblatt der Kriegssteuer. Das hat selbst die „Chemnitzer Volksstimme" ausgesprochen, wie kann man da uns mit Steinen bewerfen? Ein Steuerbündel ist in seiner Gesamtheit zu beurteilen. — Die Regierung treibt die alte Politik weiter, nur mit andern Mitteln und der frühere entschiedenste Gegner unterstützt sie dabei, wie auch Herr v. Heydebrand in Frankfurt hervorgehoben hat. Die Mehrheit ist die Gefangene der Regierung, die sie in entscheidenden Fragen nicht mehr bekämpfen kann. Bei uns gilt Parlamentskritik der Kriegführung als das schlimmste Verbrechen, in andern Ländern wird sie ausgiebig geübt, z. B. gegenwärtig in Ungarn. Im Kriege sind die Interessen der verschiedenen Klassen ebenso verschieden wie vorher, ja die Arbeiter leiden noch mehr als vorher. Scheidemann aber sprach immer nur vom Volksganzen, nicht von denjenigen Klassen, deren Interessen wir vertreten sollen. (Beifall und Widerspruch.) Statt der scharfumrissenen Ausdrücke unserer großen Theoretiker spricht man jetzt in vieldeutigen Ausdrücken, unter denen jeder etwas anderes versteht; so hat ja auch die Kreuz- und die Deutsche Tageszeitung erklärt, mit der Petition des Parteivorstandes könne man einverstanden sein, es komme nur darauf an, mit welchen Mitteln man die wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit fordert. — Die Arbeiterklasse, die alles getan hat, um den Krieg fernzuhalten, durfte und muß die Verantwortung für ihn ablehnen. Wir haben das zwar am 4. August gesagt, aber die Tat war die Abstimmung. Mußten wir damals zustimmen?

Am 3. Dezember 1912 hat David im Reichstage in der schärfsten Weise gefordert, daß Deutschland die Wiener Militärpartei am Krieg hindere. Am 25. Juli 1914 hat der Parteivorstand in einem Aufruf sowohl das Treiben der großserbischen Nationalisten verurteilt, aber auch flammenden Protest gegen das österreichisch-ungarische Ultimatum erhoben. Der deutsche Notenwechsel mit Oesterreich-Ungarn wird bisher geheimgehalten. Das deutsche Weißbuch sagt, daß Deutschland Osterreich-Ungarn freie Hand ließe. Die Note an Serbien wurde selbst in der Frankfurter Zeitung, der „Post" und der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" als ein Kriegsvorwand erklärt. David hat mit Recht damals erklärt, wenn Oesterreich-Ungarn so vorgeht, dann wird die Welt in Flammen kommen und dann haben wir nicht die Verpflichtung, Oesterreich-Ungarn beizuspringen. (David: Den entscheidenden Punkt vergessen Sie, wie ihn die Franzosen auch vergessen. Das werde ich nachher sagen!) In den kritischen Tagen waren Partei und Fraktionsvorstand zunächst nicht für die Kreditbewilligung; daß die Parteileitung mit Unterdrückungsmaßnahmen rechnete, beweist, daß sie nicht Kreditbewilligung erwartete. Müller wurde nicht nach Paris geschickt, um vorzuschlagen, daß wir auf beiden Seiten die Kredite annehmen, sondern um Stimmenthaltung vorzuschlagen. Wenn es aber richtig wäre, daß wir am 4. August nur wahrgemacht haben, was wir immer betont haben, wenn wir am 4. August so handeln mußten kraft unserer Tradition und Gesamtanschauungen, dann konnte Müller nicht Stimmenthaltung vorschlagen, sondern nur Kreditbewilligung. (Lebhaftes Sehr richtig! bei der Opposition.) Im Parteivorstand war auch Richard Fischer für Kreditablehnung und lediglich bei einem Russeneinfall für Stimmenthaltung. Hänisch hat ja selbst in seinem Buch den schweren Kampf zwischen Stimmung und Ueberzeugung geschildert. Wäre unsere Abstimmung vom 4. August eine Selbstverständlichkeit gewesen, so hätte sie doch nicht eine solche Ueberraschung hervorrufen können! (Sehr richtig! b. d. Op.) Bebel prophezeite auf dem Parteitag in Magdeburg, daß, wenn 1912 ein europäischer Krieg losbreche, wir sicherlich ganz wo anders zu stehen hätten, als man damals in Baden stand. (Hört, hört! b. d. Op.) Entscheidender als seine Worte ist Bebels Tat: er hat am 19. Juli 1870 mit Liebknecht die Kriegskredite nicht bewilligt. Haben Bebel und Liebknecht damals unsere Grundsätze verletzt? (Sehr gut! b. d. Op.) Liebknecht hat 1892 im Reichstag und Bebel in seinen Memoiren geäußert, daß, wenn sie die Rolle Bismarcks und der Emser Depesche 1870 gekannt hätten, sie gegen die Kredite gestimmt hätten. (Zurufe: Mehring!) Mehring hat nie gesagt, daß wir grundsätzlich für die Kredite stimmen müßten. (Cohen-Reuß: Doch! — David: Er hat gesagt, daß kein Prinzip uns verhindert, die Kredite zu bewilligen!) Es kann also jetzt nicht mehr behauptet werden, daß wir kraft unserer Vergangenheit am 4. August zustimmen mußten. Wir durften aber nicht so stimmen, weil der Charakter des Krieges und die Haltung der Regierung zu ihm uns klar sein mußte. Auf Oesterreich wurde erst gedrückt, als man erfuhr, daß England nicht neutral bleiben würde, und da war es zu spät. (David: Sie übersehen immer die russische Mobilmachung.) Noch am 25. Juli hat der Parteivorstand den Krieg als imperialistisch gekennzeichnet, und hierfür sollen wir die parlamentarische Verantwortung übernehmen? Eine parlamentarische Abstimmung hat zu erklären, wie man zur Regierungspolitik steht, die Frage, ob wir zwar unsere Brüder und Söhne hingeben, aber das Geld nicht bewilligen sollten, ist ganz verkehrt. Scheidemann sagte, er möchte die Verantwortung für das Elend nicht übernehmen, das entstehen würde, wenn wir unsere Parteigenossen an der Front auf diese Weise im Stich lassen sollten. Wir sollten aber vor allem die Verantwortung dafür nicht übernehmen, daß dieses Leid sich anhäufen konnte. Das Wort Scheidemanns: „Wir müssen durchhalten bis zum Siege!" war ein ominöses Wort. (Scheidemann: Es stammt aus dem „Vorwärts"! Heiterkeit bei der Mehrheit.) Mir ist das gleich; die Anschauung, daß wir bis zum Siege durchhalten müssen, haben ja die meisten von Ihnen. (Dr. Südekum: Wollen Sie eine Niederlage?) Es gibt einen dritten Weg, die Verständigung unter den Völkern, bei der keines eine Niederlage erleidet. (Sehr richtig! bei der Opp.) Die Kreditbewilligung ist nur ein Glied in der Gesamtpolitik der Regierung; wenn die Gesamtpolitik der Regierung später den Genossen in einem völlig andern Lichte erschien, als am 4. August, so mußten sie konsequente Stellung nehmen und Nein sagen. Was will der Kanzler? Harnack hat es ausgesprochen: Verzicht auf Grenzen im Osten und reale Garantien im Westen. Der Kanzler kann sich nicht, wie Scheidemann will, entschiedener gegen Annexionen aussprechen, einmal weil er dieser Auffassung nicht ist, und dann, weil er es sich nicht mit den bürgerlichen Parteien verderben will, auf die er sich stützt, nicht auf Scheidemann und seine Anhänger. Der Schaefersche Ausschuß bekennt sich in seinem letzten Aufruf bis zu einem gewissen Grade zu den Anschauungen des Kanzlers. Ist es keine Annexion, wenn Belgiens staatliche Selbständigkeit beseitigt würde? Die Gegnerschaft zwischen dem Kanzler und den realen Zielen der Alldeutschen ist keine unbedingte. — Ueber unser Verhältnis zu Frankreich und England haben wir vor dem Kriege im Reichstage ganz zweifelsfrei gesprochen, heute aber fehlt der Parteimehrheit jede selbständige Orientierung. Einmal ist Rußland, einmal England schuld am Kriege. Es ist schwer nachzuprüfen, ob damals am 4. August die Parteigenossen im Lande wirklich eine andere Abstimmung nicht verstanden hätten, aber es ist doch Aufgabe der Führer einer Partei, sich in kritischen Zeiten nicht vom Strome forttreiben zu lassen. Die Befreiung vom Zarismus kann sich nur das russische Volk selbst erkämpfen. (Zurufe: Sie wollen uns die Freiheit mit russischen Kanonen bringen!) Nein, wir sagen auch den Franzosen, das ist unsere Sache und nicht ihre. (Sehr wahr! bei der Opp.) Merkwürdig, daß eine große Partei ihr ganzes Vertrauen stützt auf einen einzelnen Mann. (Scheidemann: Fällt ihr ja gar nicht ein!) Würden Sie einem andern Kanzler denn die Kredite bewilligen? (Zurufe: Wir bewilligen sie doch nicht Bethmann!) Also dem Lande (David: Seiner Verteidigung!), dann mußten Sie auch in Friedenszeiten allemal die Mittel für Landesverteidigung bewilligen. (Sehr gut! b. d. Opp.) Militärforderungen wurden immer mit der Möglichkeit eines baldigen Krieges begründet; zum Militärsystem konnten Sie sich kritisch verhalten, aber konsequenter Weise konnten Sie dann dem Lande nicht die Mittel zur Verteidigung verweigern (Lebhafte Zustimmung bei der Opp.) David gibt diese Konsequenz zu. Scheidemann gibt zwar das Vertrauen zum Reichskanzler auf, aber andere Genossen erklären es als unsere wichtigste Aufgabe, den Reichskanzler zu stützen, denn nur mit ihm werde die Neuorientierung gemacht. Am 18. Mai 1912 hat Scheidemann im Reichstage dem Reichskanzler schärfsten Kampf angesagt. Was hat sich denn inzwischen abgespielt? (Zuruf: Nichts weiter als der Krieg um die Existenz des deutschen Volkes!) Wenn ein Krieg kommt, haben wir dann alles auszulöschen, was wir bisher gesagt und müssen wir verbrennen, was wir geschrieben haben? Sobald ein Krieg ausgebrochen ist, müßten Sie jede Regierung unterstützen, auch wenn sie den Krieg verschuldet hat. Wenn eine militärische Defensive den Eroberungscharakter eines Krieges ausschließt, dann müßte Scheidemann den italienischen und rumänischen Genossen sagen, in dem Augenblick, wo ihr Land bedroht wird, sollen sie die ruchlose Politik ihrer Regierung unterstützen! (Zustimmung b. d. Opp.) Die Erklärung vom 4. August verwirft jeden Eroberungskrieg, weil das Land auch da in die Defensive gedrängt werden kann, oder aber Sie lehnen die Unterstützung in dem Augenblick ab, wo der Krieg zu einem Eroberungskrieg sich entwickelt. Ein Land unter fremde Gewalt bringen wollen, bedeutet eine Eroberung allerschlimmster Art, viel schlimmer, als wenn man an der Grenze einen kleinen Kreis abnimmt. Leider haben wir am 4. August 1914 versäumt, über Belgien zu sprechen, es hat Mühe gemacht, am 2. Dezember wenigstens zu sagen, daß wir von dem Standpunkt, den der Reichskanzler am 4. August gegenüber Belgien und Luxemburg eingenommen hat, nicht abgehen. Diese wichtige Tatsache, die uns nach außen, wenn auch verspätet, rechtfertigt, fehlt in Davids Buch. (David: Weil darin ganz Belgien fehlt, worüber noch viel mehr zu sagen ist.) Die Erklärungen vom 4. August und 2. Dezember sind wörtlich darin wiedergegeben, weggelassen ist nur der Satz über Belgien und Luxemburg. (Hört, hört! b. d. Opp.) Und das ist das Buch des Parteivorstandes, dessen Fahnenabzüge mir allerdings nicht wie sonst vorgelegt wurden.

Der Redner bespricht den Einmarsch in Belgien und die amtlichen deutschen Veröffentlichungen über eine „Uebereinkunft" zwischen Belgien und England. Die Internationale erwartet, daß die Sozialdemokratie Unrecht bekämpft; handeln wir anders, dann verlängern wir den Krieg. — Die Depesche des Zaren an den deutschen Kaiser, die österreichisch-serbische Streitfrage dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten, ist erst Monate später veröffentlicht worden, nachdem sie im ganzen neutralen Ausland längst bekannt war und gegen uns gewirkt hatte.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Von den Kriegsschauplätzen.

Fast ein Vierteljahr tobt nun schon die Schlacht an der Somme. Und was ist die Bilanz? Die „Voss. Ztg." gibt hierauf folgende Antwort: „Die feindliche Presse sucht den Eindruck zu erwecken, als ob die ungeheuren Verluste, die die Engländer und Franzosen bei der großen Offensive an der Somme erleiden, nicht umsonst gebracht werden. Besonders zu Anfang waren in englischen und französischen Blättern prahlerische Berichte zu lesen über den bedeutenden Geländegewinn, den man errang. Den ausschweifenden Hoffnungen gegenüber, die an diesen Geländegewinn geknüpft wurden, möge die Bilanz des tatsächlich bisher Erreichten im Vergleich mit den feindlichen Verlusten, im Gewande von nüchternen Zahlen vorgeführt werden: Das von den Deutschen eroberte und besetzte Gebiet beträgt in Belgien 29 000 Quadratkilometer und in Frankreich 21 000 Quadratkilometer, zusammen 50 000 Quadratkilometer. Davon haben die Engländer und Franzosen bisher ganze 0,3 Prozent zurückerobert. Um dieses Resultat zu erreichen, hatten die Engländer allein nach vorsichtigen Schätzungen in drei Monaten bis zum 15. September 1916 an Verlusten 350 000 Mann. Mit den Verlusten der Franzosen zusammen büßte die Entente also etwa eine halbe Million ein. Wahrlich ein hoher Preis! Und wenn die Erfolge der Gegner in dieser Weise weitergingen, dann müßten sie mehr als 1½ Millionen Menschen opfern, um den hundertsten Teil des verlorenen Geländes wiederzuerobern."

Ueber den gegenwärtigen Stand der Kriegslage an der Somme wird aus Berlin gemeldet: „Der deutsche Heeresbericht vom 26. September meldet Erfolge des Feindes nördlich der Somme auf der Linie Gueudecourt—Bouchavesnes. Der gestrige Bericht sagt nun, daran anschließend, daß diese gegnerischen Erfolge, abgesehen von der Besetzung des Dorfes Gueudecourt, nicht haben ausgenutzt werden können. Das ist das Wesentliche. Von einer strategischen Durchbruchsmöglichkeit kann ganz und gar keine Rede sein. Daß Dienstag eine vorspringende Ecke bei Thiepval verloren ging und auch bei Courcellette der Gegner einen weiteren Geländegewinn errang, während alle weiteren Angriffe östlich aus der Front von Morval bis südlich Bouchavesnes unter schwersten Verlusten abgewiesen wurden, bestätigt nur von neuem die unerschütterliche, elastische Festigkeit unserer Front. Dabei sind wir uns völlig bewußt, welches ungeheure Aufgebot von Menschenmassen und an Munitionsverbrauch, den die Industrien der ganzen Welt ermöglichen, unsere Gegner ohne Unterlaß einsetzen, um einen Erfolg zu erringen. Wenn in diesen Tagen die feindlichen Sturmtruppen in einige unserer vordersten zusammengeschossenen Gräben eindringen konnten, so ist das auch darauf zurückzuführen, daß infolge der tagelangen ununterbrochenen beiderseitigen ungeheuren Artillerietätigkeit das ganze Kampfgebiet in eine einzige große dichte Staubwolke eingehüllt ist, was die Beobachtung natürlich sehr erschwert und unserer Artillerie nicht immer ermöglicht, gegen die vorgehenden Angreifer ihr sicheres Sperrfeuer zu richten. Einmal bis zu unseren Gräben vorgedrungen, macht sich nun die starke numerische Ueberlegenheit der feindlichen Infanterie geltend. Daß die Feinde noch immer dazu neigen, Erfolge in der Phantasie vorauszunehmen oder gar zu erfinden, zeigt ihre Meldung, wonach Combles von den Engländern und Franzosen völlig eingeschlossen sein soll, was für unsere dort ausharrenden tapferen Verteidiger zuerst ernste Befürchtungen hervorrief. Nun meldet aber ein späterer feindlicher Bericht, daß Combles besetzt und dabei 100 deutsche Schwerverwundete gefangen genommen seien. Die unverwundeten deutschen Kämpfer haben sich danach noch die Möglichkeit geschaffen, den feindlichen Ring zu durchbrechen."

Die englische Presse erblickt in den Erfolgen der französisch-englischen Truppen an der Somme bereits die Vorzeichen des Sieges. So führt „Daily News" in einem „Die letzte Waffe" überzeichneten Artikel aus: „Der große Sieg der letzten Tage hat das Gefühl gestärkt, daß wir uns am Vorabend einer entscheidenden Entwicklung des Krieges befinden. Kommt der Durchbruch, so stehen dem Feinde zwei Möglichkeiten offen. Deutschland kann sich dem Unvermeidlichen beugen und um Frieden bitten, oder es läßt seine Mitläufer, Ungarn, Bulgarien und die Türkei sich selbst verteidigen und bereitet sich im Verein mit den deutschsprechenden Nationen zähneknirschend für einen rein defensiven Krieg vor. In letzterem Falle hätten wir noch einen langen und kostspieligen Kampf vor uns. Denn wenn die Feinde auch die Kraft verloren haben, einen Angriffskrieg fortzuführen, so werden sie doch, wie die Erfahrung der Verbündeten in der Vergangenheit zeigt, fähig sein, auf einer stark verkürzten Linie und mit der Verteidigung des Vaterlandes als einigendem Feldgeschrei, ihre Angreifer ein und vielleicht sogar zwei Jahre lang im Schach zu halten." In seinen weiteren Ausführungen wendet sich das Blatt gegen diejenigen, die immer mehr Leute in das Heer einstellen wollen. Wolle man die Hoffnung Deutschlands auf eine Erschöpfung des englischen finanziellen Widerstandes zuschanden machen, dann müsse man vermeiden, daß durch Mangel an Arbeitskräften der englische Handel nicht auf seiner Höhe gehalten werde.

In Griechenland ist die Lage immer noch unverändert. Zwar kommen fast täglich eine Anzahl zum Teil aufregende Meldungen aus Griechenland; da aber die Entente den gesamten Post- und Telegraphenverkehr beherrscht und kontrolliert, so muß man diesen Nachrichten sehr mißtrauisch gegenüberstehen. Was an denselben Wahres ist, kann nicht gesagt werden.

Die englische und französische Regierung setzen sich jetzt wieder aufs hohe Pferd. Der englische und der französische Gesandte haben der holländischen Regierung erklärt, jeder Versuch einer neutralen Friedensvermittlung im gegenwärtigen Augenblick würde von der Entente als unfreundliche Handlung betrachtet werden.

*

Die Kriegslage.

Wien, 27. September. (Amtlich.)

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Im Bereich von Petroseny ist es gestern nur auf dem Berge Sulfini zu Gefechtsfühlung mit den Rumänen gekommen. Bei Nagy Szeben (Hermannstadt) nahmen die Kämpfe einen für uns günstigen Verlauf.

An der siebenbürgischen Ostfront stehen an zahlreichen Punkten unsere Sicherheitstruppen im Gefecht.

Im Bistricioara-Gebiet wurden rumänische, nördlich von Kirlibaba und in der Gegend von [illegible] russische Vorstöße abgeschlagen. Weiter nördlich nichts von Belang.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Keine größeren Kämpfe. Auf der Karst-Hochfläche stehen Teile unserer Stellungen zeitweise unter starkem Artillerie- und Minenwerferfeuer.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Lage unverändert.

Gegen Frankreich und Belgien.

Französischer Heeresbericht

vom 26. September, nachmittags. Nördlich der Somme nahmen die Franzosen, die bis an den Rand von Fregicourt gelangten, dies Dorf ganz. Des Nachts drangen ihre Vortruppen in den Kirchhof von Combles ein, während andere Erkundungstruppen den Südrand des Dorfes erreichten. Eine dieser Abteilungen nahm einen Schützengraben südöstlich Combles und nahm eine deutsche Kompagnie gefangen. An anderen Punkten der Front richten die Franzosen sich in den eroberten Stellungen ein. Die Deutschen machten besonders auf dem rechten Flügel der Franzosen Gegenstöße, wo sie abends Gegenangriffe gegen die neuen französischen Stellungen von der Straße nach Bethune bis zur Somme vortrieben; sie wurden sämtlich abgewiesen. Die Zahl der gestern von den Franzosen gemachten unverwundeten Gefangenen beträgt, soweit bisher gezählt wurde, achthundert. Auf dem rechten Maasufer machten die Deutschen gestern gegen 9 Uhr abends zwischen Fleury und dem Werke Thiaumont einen heftigen Angriff. Unser Sperr- und Maschinengewehrfeuer brachte sie glatt zum Stehen und brachte ihnen schwere Verluste bei. Orientarmee: Von der Struma bis zum Vardar Geschützkampf. Ziemlich lebhafte Scharmützel besonder san der englischen Front in der Gegend des Doiran-Sees. An der serbischen Front kein Infanteriegefecht. Unsere Artillerie beschoß die bulgarischen Stellungen auf dem rechten Broduser lebhaft. Oestlich Florina leisteten die Franzosen, von starken bulgarischen Kräften im Angesicht van Armensko heftig angegriffen, allen Anläufen glänzenden Widerstand. Die Stürmenden, von Artillerie- und Infanteriefeuer niedergemacht, erlitten erhebliche Verluste und wichen in Unordnung zurück. Westlich von Florina begannen die Russen in Verbindung mit den Franzosen lebhafte Kämpfe und machten nördlich Armensko 50 Gefangene und erbeuteten vier Maschinengewehre. Luftkämpfe: Am 25. September lieferten die französischen Kampfflugzeuge an der Somme-Front 47 Kämpfe. Fünf deutsche Flugzeuge wurden herabgeschossen, drei andere ernstlich beschädigt zur Landung gezwungen. Die französischen Kampfgeschwader führten folgende Unternehmungen aus: In der Nacht auf den 25. September warfen sie 200 Granaten (120 Millimeter) auf die Hochöfen von Dillingen, auf die Fabriken von Saarlouis, auf den Bahnhof Metz-Sablons und 22 auf die Hochöfen von Rombach und auf die Bahnlinie Metz-Diedenhofen. Am Abend des 25. September schossen vier Artilleriesflugzeuge 82 Granaten auf die deutschen Anlagen von Sailly-Saillycelle und Bois St. Vaast. Am Nachmittag des 25. September wurden 30 Geschosse auf die Biwaks in der Gegend Montfaucon-Natillois geworfen und 12 auf die militärischen Einrichtungen bei Azannes. Endlich wurden in der Nacht auf den 26. September von französischen Flugzeugen 102 Bomben auf Bahnhof und Baracken von Guiscard und auf den Bahnhof von Noyon geworfen, 52 auf das Flugfeld von Hervilly und die Bahnhöfe von Ham, Sins und Boyelle. Am Nachmittag des 25. September warf ein deutsches Flugzeug zwei Bomben ab, die ohne Ergebnisse in die Dünen nördlich Calais fielen.

Abendbericht: Die Schlacht wurde heute mit Erfolg fortgesetzt. Nördlich der Somme vergrößerten die verbündeten Truppen den gestrigen Gewinn in starkem Umfange und erreichten in einigen Stunden die für den zweiten Kampftag festgesetzten Ziele. Schon am heutigen Morgen nahmen die französischen Truppen die Offensive wieder auf und eroberten den ganzen Teil von Combles, der östlich und südlich der Eisenbahn gelegen ist. Unsere Patrouillen traten in Verbindung mit den Abteilungen des rechten Flügels der britischen Armee, die den nordwestlichen Teil von Combles vom Feinde säuberten. Kurz danach fiel das ganze Dorf in unsere Hände. Die in Combles gemachte Beute ist beträchtlich. Die Deutschen hatten in unterirdischen Räumen in dieser Ortschaft eine außerordentliche Menge Munition und Lebensmittel aller Art angehäuft. Wir sammelten etwa hundert verwundete Deutsche, die vom Feinde zurückgelassen wurden, auf. Combles ist voll von gefallenen Deutschen. Heute nachmittag bemächtigten sich unsere Truppen, indem sie ihre Vorteile ausnutzten, eines kleinen Gehölzes nördlich Fregicourt halbwegs nach Morval und des größten Teiles des stark befestigten Geländes zwischen diesem Gehölz und dem Westvorsprung des Gehölzes von St. Vaast, östlich der Straße nach Bethune. Die Anzahl der von den Franzosen seit gestern gemachten unverwundeten Gefangenen erreicht gegenwärtig 1200. Bisher konnten wir etwa 30 Maschinengewehre zählen. An der übrigen Front zeitweiliges Geschützfeuer. Aus neuen Nachrichten geht hervor, daß der Zeppelin, der in der Nacht vom 22. zum 23. September die Gegend von Calais überflog, 20 Bomben abwarf, die sämtlich in großem Abstand von der Stadt auf unbebautem Gelände niederfielen. Wahrscheinlich entledigte sich der Zeppelin, unter das Feuer von Geschützen genommen, seiner Bomben, um höher steigen und fliehen zu können. Belgischer Bericht: Lebhafter Artilleriekampf in der Gegend Dixmuiden. Nördlich von dieser Stadt hat die Artillerie feindliche Batterien und Beobachtungsposten kräftig beschossen.

*

Englischer Heeresbericht

vom 26. September, nachmittags: Die gestrigen Operationen waren in jeder Hinsicht erfolgreich. Ueber 1500 Gefangene wurden bereits gezählt; es werden noch mehr eingebracht. Es wurde viel Kriegsmaterial erbeutet. Während der Nacht und während des Morgens wurden weitere Fortschritte gemacht und die starke Schanze bei Lesboeufs und Gueudecourt genommen. Wir drangen in Combles von Westen ein und sind jetzt im Begriff, den Widerstand des Feindes dort zu überwinden. Die Verluste des Feindes sind sehr schwer.

Abendbericht: Auf unserem rechten Flügel besetzten die französischen und britischen Truppen als Ergebnis der Eroberung von Fregicourt und Morval gemeinsam Combles. Wir schlugen heftige Gegenangriffe in dem Abschnitt von Morval und Lesboeufs mit schweren Verlusten für den Feind ab. In unserem Zentrum erstürmten wir das befestigte Dorf Gueudecourt und den Höhenrücken östlich davon einschließlich der Zollernschanze. Dieser Höhenrücken war mit einem sorgfältig angelegten System von Laufgräben und mit ausgedehnten Drahtverhauen stark befestigt und wurde bis zum äußersten verteidigt. Die in den zwei letzten Tagen errungenen Erfolge dürfen als sehr bedeutend betrachtet werden.

Reuter meldet, daß folgender Passus an die Spitze des gestern abend ausgegebenen Heeresberichtes zu setzen ist: „Die Schlacht an der ganzen Front zwischen Somme und Ancre wurde mit Erbitterung fortgesetzt. Unsere Truppen unternahmen während der letzten vierundzwanzig Stunden überall mit der größten Tapferkeit Angriffe. Es wurden zwischen 3000 und 4000 Gefangene gemacht."

Gegen Rußland.

Ein russisches Flugboot abgeschossen.

WTB. Berlin, 26. September. (Amtlich.) Heute vormittag wurde die Seeflugstation Angernsee durch zwei russische Flugboote ohne Erfolg erneut angegriffen. Unseren Abwehrflugzeugen gelang es, das eine Flugboot über dem Angernsee zum Kampf zu stellen und es nach kurzem Gefecht abzuschießen, während das zweite Flugboot, durch Artilleriefeuer beschädigt, in Richtung Runoe entkam.

*

Russischer Bericht

vom 26. September, nachmittags. Westfront: Ein feindliches Flugzeug vom Typ Ilya Muromez erschien über dem Bahnhof Hinzenberg und warf 27 Bomben von je zwei Pud, die keinen Schaden verursachten. In der Gegend südlich von Dünaburg wandte sich ein von unserem Artilleriefeuer gefaßtes feindliches Flugzeug um und begann abwärts zu gehen. Es wurde bemerkt, daß das Flugzeug während des Niedergehens in den feindlichen Linien von schwarzem Rauch eingehüllt war. Nach heftiger Artilleriebeschießung unternahm der Feind in Stärke von zwei Bataillonen einen stürmischen Angriff auf unsere Gräben in der Gegend nördlich des [illegible]-Sees. Er wurde aber durch unser energisches Feuer unter großen Verlusten zurückgewiesen und ließ zwischen unseren und seinen Gräben viele Tote und Verwundete.

Gegen England.

Der verunglückte Zeppelin.

Die „Times" meldet, daß das Luftschiff, dessen Bemannung gerettet wurde, langsam herabging und unter voller Kontrolle zu stehen schien. Als es gelandet war, stieg die ganze Besatzung eiligst aus der Gondel und zog sich auf eine gewisse Entfernung zurück. Wenige Augenblicke später erfolgte eine furchtbare Explosion. Das Luftschiff verbrannte bis auf die Aluminiumhülle. Das Feuer dauerte etwa eine Stunde.

Gegen Italien.

Italienischer Bericht

vom 26. September. Im Astach-Tale vereitelte ununterbrochenes Sperrfeuer unserer Artillerie auf dem Gipfel des Monte Cimone alle Bemühungen des Feindes, sich fest in der Stellung einzurichten und sie zu befestigen. Am oberen Vanoi setzte die gegnerische Artillerie gestern ihre nachdrückliche Beschießung unserer Stellungen nordöstlich vom Cauriol fort, ohne ihren festen W[illegible]stand erschüttern zu können. Im Hoch-Cordevole wu[illegible] mit wachsender Heftigkeit ausgeführte feindliche Angriffe [illegible] die von uns am 23. September eroberte Stellung an der Spitze des Monte Sief unter schweren Verlusten für den Gegner von uns tapfer abgeschlagen. Auf der übrigen Front verschiedene Aktionen der Artillerie; die unsere rief Explosionen und Brände in Pessoste (Corvara-Tal, Gaderbach) hervor, die feindliche warf einige Granaten auf die Vorstädte von Görz. Feindliche Flugzeuge warfen Bomben auf Grogno Cismon (Brenta-Tal). Eine Person wurde getötet, einige verletzt.

Der Balkankrieg.

Bulgarischer Heeresbericht

vom 27. September: Mazedonische Front: Auf der Höhe von Sraranertschka Planina überraschte eine unserer Kolonnen in der Richtung auf das Dorf Bresnica ein Bataillon des 242. französischen Infanterieregiments und zersprengte es. Sie brachte einige Dutzend Gefangene, ein Maschinengewehr, Tornister, Zelte und Bataillonsküchen ein. Durch Bajonettangriff nahmen wir feindliche Schützengräben bei dem Dorfe Orownic, wo wir dreißig feindliche Leichen auffanden. In der Gegend der Dörfer Pissoderi und Armensko unternahmen wir einen Gegenangriff auf drei feindliche Bataillone, die sich in Unordnung zurückzogen und auf dem Gelände zahlreiche Tote und Verwundete zurückließen. Oestlich von Lerin (Florina) wiesen wir drei aufeinanderfolgende französische Angriffe ab. Der erschütterte Feind wich unter großen Verlusten. Nach zehntägigen Kämpfen, in denen die gesamte serbische Drina-Division erbitterte Angriffe gegen die Höhe von Kaimakcalan ausführte, griffen unsere Truppen sie heute bei Tagesanbruch mit großem Schwung an und zwangen sie, sich auf der ganzen Front zurückzuziehen. Der Kampf geht unter großem Erfolge weiter. Im Moglenicatale Kampf der beiderseitigen Artillerien, in dessen Verlauf wir zahlreiche feindliche Batterien zum Schweigen brachten. Beiderseits der Belasica Planina Ruhe. An der Struma-Front schwaches Artilleriefeuer. An der Küste des Aegäischen Meeres lebhafte Bewegungen der Kreuzer. Rumänische Front: An der Donau Ruhe. In der Dobrudscha keine Veränderung. Unsere Truppen befestigten sich in den von ihnen erreichten Stellungen. An der Küste des Schwarzen Meeres Ruhe.

*

Rumänischer Bericht

vom 26. September: Erbitterte Kämpfe im Jiu-Tale und in Siebenbürgen, wo die Rumänen vordrangen. In der Dobrudscha griff der Feind dreimal in Massen an; er wurde aber zurückgeschlagen. Ein Flugzeuggeschwader bewarf Montag nachmittag Bukarest mit Bomben, die ein Krankenhaus und ein Waisenhaus trafen. 60 Personen wurden getötet und viele andere verletzt, in der Mehrzahl Frauen und Kinder. Montag nacht bewarf ein Luftschiff Bukarest mit Bomben, wobei 5 Kinder getötet wurden.

*

Ultimatum an Griechenland?

Einer Meldung des „Secolo" aus Athen zufolge schreibt „Neon Asty", die Alliierten hätten die Absicht, der griechischen Regierung ein Ultimatum zu überreichen, in dem die Intervention Griechenlands gegen Bulgarien verlangt wird. Andernfalls sollten die Offiziere und Soldaten entwaffnet, entlassen und das Kriegsmaterial und die Eisenbahnen innerhalb fünf Tagen den Alliierten übergeben werden. Das Ultimatum soll mit der Bemerkung gerechtfertigt werden, daß das Heer und die Flotte Griechenlands für die Entente wertlos und gefährlich seien. Nach dem Uebergang des vierten griechischen Armeekorps wolle man nicht, daß Griechenland noch weitere Truppen entzogen und gegebenenfalls in die feindlichen Heere eingereiht würden.

*

Fremdenherrschaft und Revolution.

Die griechische Regierung erließ eine Zirkulardepesche, in der sie darauf hinweist, daß sie infolge der englisch-französischen Zensur nicht mehr in der Lage sei, die aus Athen ausgehenden Meldungen zu prüfen und infolgedessen jede Verantwortung für die Richtigkeit des Inhaltes ablehnen müsse. — Die venizelistische Partei steht vor radikalen Beschlüssen gegen die Regierung. Die antibulgarische Gärung unter den Offizieren hält an. In Athen ist die Bevölkerung ruhig. Venizelos ist auf Kreta eingetroffen. Wie das „Journal" meldet, drängen 7000 Kreter widerstandslos in Kanea ein und nahmen Besitz von den öffentlichen Gebäuden, vertrieben die Behörden daraus und ernannten einen vorläufigen Ausschuß zur Abwicklung der Staatsgeschäfte. In Kanea vereinigten sich die griechischen Truppen und traten mit Ausnahme eines Obersten, 25 Offizieren und einiger Soldaten der aufständischen Bewegung bei. 30 000 Kreter sind jetzt unter den Waffen und vollständig Herren der Insel. — In Kanea fand eine bewaffnete Volksversammlung statt, die die Solidarität der Kreter mit der revolutionären Bewegung in Saloniki feststellte. Mehrere Generale haben dem König zu einem Vorgehen gegen die Bulgaren geraten und 70 antivenizelistische Deputierte haben ihm ein Memorandum zugunsten einer Intervention zugehen lassen.

Der Seekrieg.

Versenkte Schiffe.

Der niederländische Dampfer „Commewijne" landete in Ymuiden die aus zwölf Mann bestehende Besatzung des britischen Schleppdampfers „Cynthia Nr. 366", der von einem deutschen U-Boot versenkt wurde. Der Kapitän des Schleppdampfers erzählte dem Korrespondenten des „Allgemeen Handelsblad", der Kommandant des U-Bootes erzählte ihm, daß er in den 24 Stunden vor der Versenkung des Fischerfahrzeuges 22 Schiffe versenkte. Die Besatzungen, 120 Mann, seien einem nach Westhartlepool fahrenden Dampfer übergeben worden. Lloyds meldet aus Deaborough vom 26. September: Elf Fischerfahrzeuge aus Scarborough sollen versenkt sein. Außerdem wurde das Fischerfahrzeug „Trinidat", 147 Tonnen, versenkt. Die Besatzung wurde gerettet. Der britische Dampfer „Pearl" wurde versenkt. Der französische Segler „Marie" ist nach einem Zusammenstoß

mit einem Dampfer gesunken. — Der Dampfer „Dromven" wurde versenkt. Der Drammener Dampfer „Tromp" rettete in der Nordsee am 26. September auf der Reise von Rotterdam nach dem Tyne 111 Menschen. — Der Fischdampfer „Aphelion" ist versenkt worden. — „Finmarkens Amtstidende" teilt mit, daß zwei große deutsche U-Boote einen norwegischen und einen englischen Frachtdampfer bei Gamvik und einen norwegischen Dampfer bei Mehavn torpedierten; die Besatzungen sind gerettet.

*

Die Amerika-Fahrt der „Bremen".

Die „Bremen" befand sich bereits auf der Ausreise, als die „Deutschland" nach Bremen zurückkehrte. Sie hat also mindestens 35 Tage für die Strecke Bremerhaven—Montauk Point gebraucht. Schon Ende August hatten Neuyorker Zeitungen ihre Ankunft als bevorstehend bezeichnet, da am 24. August der Norddeutsche Lloyddampfer „Willehad" aus Boston nach New London übergesiedelt war, um mit den Vertretern der Reederei in den Vereinigten Staaten dem zu erwartenden U-Boot einen sichern Lösch- und Ladeplatz vorzubereiten. Der Dampfer „Willehad" soll als erstes Schiff an einem neuen Pier anlegen, um die „Bremen" dem Anblick Unberufener von der Wasserseite her zu entziehen.

Die Kämpfe im Orient.

Unterwerfung arabischer Stämme.

Neuerdings unterwarfen sich mehrere, durch den aufständischen, früheren Emir von Mekka, Hussein, unterstützte arabische Stämme den türkischen Behörden.

*

Anbauzwang in der Türkei.

Im Interesse der Ausdehnung der Anbaufläche und der Sicherstellung einer guten Ernte für das nächste Jahr, beschloß die türkische Regierung, das System des Landesbauzwanges für die nicht dienende Bevölkerung, einschließlich der Frauen einzuführen, wozu in jedem Wilajet und in den Bezirken besondere Kommissionen eingesetzt werden sollen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Eine Erklärung der Zentrumspartei.

Der Reichsausschuß der Deutschen Zentrumspartei veröffentlicht folgende Erklärung: Auf seiner aus allen Teilen des Reiches zahlreich besuchten Tagung am 24. September in Frankfurt fand nach einer eingehenden Erörterung der innerpolitischen, kriegs- und wirtschaftlichen Lage des Deutschen Reiches die Haltung der Zentrumsfraktion des Reichstages einmütige Zustimmung und es sind vom Boden unseres Parteiprogramms aus die Richtlinien für die Zukunft vorbereitet. Die Mitglieder unserer Partei in Stadt und Land bitten wir, ihrem Siegeswillen im Vertrauen auf die Zukunft des deutschen Volkes durch die Zeichnung der fünften Kriegsanleihe eifrig zu betätigen. Die Zurückhaltung hier ist gleichbedeutend mit der Verlängerung des Krieges, um dessen siegreiche Beendigung wir alle Gott anrufen. Der Reichsleitung gegenüber muß der Reichsausschuß ganz besonders verlangen, daß übermäßig gesteigerte Preise von Lebensmitteln auf die für die Verbraucher angemessene Höhe herabgesetzt werden und daß für die Vermehrung der Nahrungsmittelerzeugung Sorge getragen wird, namentlich durch die Beseitigung aller Maßnahmen, die auf die Produktion hemmend einwirken. Zu der Überleitung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft ist eine baldige Reichsorganisation ins Leben zu rufen.

Dr. Spahn. Dr. Porsch. Held.

Staatssekretär v. Jagow amtsmüde?

Wie die „Kölnische Volkszeitung" erfahren haben will, ist in parlamentarischen und diplomatischen Kreisen das Gerücht im Umlauf, daß Staatssekretär v. Jagow beabsichtige, von seinem Amte zurückzutreten. Wie das genannte Blatt dazu versichern kann, eilt dieses Gerücht mindestens den Tatsachen voraus, weil Staatssekretär v. Jagow noch immer das uneingeschränkte Vertrauen des Reichskanzlers besitzt. — Ob diese Mitteilung den Tatsachen entspricht, läßt sich nicht feststellen. Immerhin wird man annehmen dürfen, daß sich Herr v. Jagow auf dem Posten des Staatssekretärs nicht sonderlich wohl fühlt. Vor allen Dingen fehlt ihm die Rednergabe, die schließlich doch auch eine gewisse Rolle im Parlament spielt, sodaß er vielfach die Vertretung wichtiger Angelegenheiten dem außerordentlich redegewandten Unterstaatssekretär Zimmermann überlassen muß.

Keine Kohlenbeschlagnahme.

Neuerdings werden Gerüchte über eine demnächst zu erwartende Beschlagnahme der Kohlenbestände verbreitet. Wie dem „Berliner Lokalanz," von allen in Betracht kommenden amtlichen Stellen mitgeteilt wird, sind diese Gerüchte aus der Luft gegriffen.

Sie sind offenbar zu spekulativen Zwecken in die Welt gesetzt worden. Daher mögen die zuständigen Reichsstellen rechtzeitig Vorbeugungsmaßnahmen treffen, um die Aermsten nicht noch unter Kohlenwucherpreisen leiden zu lassen.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat gegen das Kriegsernährungsamt.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat sich mit den amtlichen Maßnahmen zur Sicherung der Volksernährung beschäftigt. Das Ergebnis der Beratungen waren Beschlüsse, die einen Vorstoß gegen die Lebensmittelpolitik des Kriegsernährungsamtes bedeuten. Es heißt da:

„1. Es muß erklärt werden, daß die wirtschaftlichen Maßnahmen des zurückliegenden zweiten Kriegsjahres den Aufgaben der Volksernährung nicht in allen Teilen gerecht geworden sind, und daß eine Besserung in denselben einzutreten hätte, wenn noch für eine längere Frist die Volksernährung aus den allein maßgebenden Quellen inländischer Produktionskraft sichergestellt werden soll.

2. Wenn auch in Einzelfragen eine wesentliche Besserung neuerdings anerkannt werden muß, so erfüllt es dennoch mit den größten Sorgen, für den weiteren Verlauf der Beschaffung von Nahrungsmitteln, daß mehr denn je gegen das naturgemäße allgemein verständliche Gebot verstoßen wird, die Produktionskraft und Produktionsfreudigkeit der allein zuverlässigen inländischen Nahrungsmittelerzeugung zu erhalten, und daß in der großen Zahl der neuen Verordnungen kein Wort der Fürsorge für die unerläßliche, allen übrigen Maßnahmen voranzustellende Produktion hervorgeht.

3. Die Gefahren für die Zukunft haben sich insbesondere nach zwei Richtungen zugespitzt: fortgesetzter Entzug mühsam erarbeiteter landwirtschaftlicher Betriebsmittel, ohne dabei die produktionseinschränkenden Folgen anzuerkennen oder zu fürchten; Belästigung und Verärgerung gerade auf denjenigen Produktionsgebieten, die von dem Konsum selbst als die ausschlaggebenden anerkannt worden sind. Hierzu gesellt sich noch eine unrationelle Verfügung über die Erntemengen.

4. Wesentliche Anordnungen über die Verwendungsart der noch vorhandenen Betriebsmittel sind nicht sachgemäß. Dementsprechend kann mit denselben nicht ein Maximum an Leistung hervorgebracht werden.

5. Mit der ernstesten Sorge verknüpft sich für die Führer der Landwirtschaft die peinliche Beobachtung, daß die Autorität der regierungsseitigen Verordnungen auf dem Gebiete der Nahrungsmittelfürsorge zusehens schwindet, und daß die Unmöglichkeit eine gewissen Befolgung aller neu erlassenen Verfügungen Uebertretungen in großer Zahl geradezu erzwingen wird."

Im einzelnen fordern die Beschlüsse zur Hebung der Schweinemast Heraufsetzung der Höchstpreise, Sonderprämien aus Reichs- und kommunalen Mitteln für hohe Ausnutzung des angelieferten Mastfutters bei Mastverträgen, Zuchtprämien für Schweinezüchter, freieste Gestaltung der Erlaubnis zu Hausschlachtungen; zur Sicherung der Speisefette Zuschüsse zu den Kosten für die Beschaffung frischmelkender Kühe seitens des Reichs und der großstädtischen Kommunen; Wiedereinführung des Kartoffelhandels; längere Gültigkeitsdauer der Frühdruschprämien, bessere Organisation der in den städtischen Konsumzentren zu gewinnenden Futtermengen und Erweiterung der Stickstoffherstellung.

Die Volksvertreter werden demnächst im Reichstag den Agrariern die richtige Antwort geben.

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 28. Septbr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Kronprinz Ruprecht von Bayern.

Zwischen Ancre und Somme haben die Engländer und Franzosen nach einem die bisherigen Erfahrungen fast noch übersteigenden Vorbereitungsfeuer ihre starken Angriffe erneuert. Auf dem größten Teil der Schlachtfront hat unsere durch die Artillerie und Flieger wirksam unterstützte unerschütterliche Infanterie unter den Befehlen der Generale Sixt von Arnim, von Tiegel und von Schenk den Feind siegreich abgeschlagen.

Bei Thiepval und östlich von Eaucourt l'Abbaye ist der erbitterte Kampf noch nicht zum Abschluß gekommen. Besonders heftig waren die auf der Linie Morval—Bouchavesnes vorgetragenen Angriffe, die der Gegner ohne Rücksicht auf die bei seinem ersten glänzend gescheiterten Sturm erlittenen blutigen Verluste gegen Abend wiederholte. Eingedrungene Abteilungen wurden sofort aus unseren Linien zurückgeworfen. Nur an kleinen Stellungsteilen nordwestlich von Rancourt und östlich von Bouchavesnes vermochte sich der Gegner zu halten.

Unsere Flieger haben gestern 7 Flugzeuge, davon vier im Sommegebiet, abgeschossen. Ein kleines über holländisches Gebiet eingebrochenes und ebenso zurückgekehrtes feindliches Geschwader griff Alost erfolglos an.

Durch einen englischen Bombenabwurf auf Brüssel wurden 15 Häuser zerstört, 13 Belgier getötet und 28 verletzt.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold v. Bayern.

Schwächere russische Vorstöße an der Aa (westlich von Riga) sowie zwischen Miaziol und Narocz wurden leicht abgewiesen.

Die im Tagesbericht vom 22. September erwähnten verloren gegangenen Teile unserer Stellung bei Korytnica sind gestern durch einen voll gelungenen Gegenangriff des Generals von der Marwitz nach schwerem Kampf wiedererobert und darüber hinaus noch Vorteile errungen. Alle Versuche des Feindes, uns wieder zurückzuwerfen, sind gescheitert.

Das russische 4. sibirische Armeekorps hat nach der Meldung unserer Truppen Verluste erlitten, die einer Vernichtung des Korps nahekommt. 41 Offiziere und 3800 Mann sind gefangen in unsere Hand gefallen, 1 Geschütz und 17 Maschinengewehre erbeutet.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Karl.

Zur Verbesserung der Stellungen schoben wir westlich von Folow-Krasnolesie (zwischen der Zlota Lipa und Narajowka) unsere Linien vor, nahmen 130 Russen gefangen und erbeuteten vier Maschinengewehre. Gegenstöße blieben erfolglos.

In den Karpathen griff der Feind an verschiedenen Stellen an und wurde zum Teil erst nach Nahkampf zurückgeschlagen.

Nordöstlich von Kirlibaba sind Gegenangriffe noch im Gange.

Kriegsschauplatz in Siebenbürgen.

Bei Hermannstadt wird erfolgreich und hartnäckig gekämpft.

An der Front keine Ereignisse von besonderer Bedeutung.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.

Unsere Flieger warfen auf das von den letzten Angriffen noch an mehreren Stellen brennende Bukarest erneut eine große Anzahl Bomben.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 28. September.

Die Sommerzeit. Wir finden in der „Sozialen Praxis" informierende Ausführungen über die Wirkungen der Sommerzeit, die im Nachfolgenden wiedergegeben seien. Soweit zu übersehen ist, haben die Erfahrungen mit der Sommerzeit dieser sowohl Freunde wie Gegner geschaffen, die letzteren sind aber zweifellos in der Minderheit. Einwendungen gegen die Sommerzeit sind, worauf auch wir an dieser Stelle schon hinwiesen, besonders aus Kreisen der Arbeiterschaft und der Landwirte gemacht worden, Einwendungen, die keineswegs mit einem leichten Achselzucken abgetan werden können, sondern die auf ihre Berechnung hin genau geprüft werden müssen, bevor man sich zu einer Wiederholung der Sommerzeit entschließt. Die „Soziale Praxis" schreibt also:

Da jetzt eine bald fünfmonatige Erfahrung mit der Sommerzeit hinter uns liegt und der Uebergang zur Winterzeit bevorsteht, so mehren sich in der Presse die Urteile für und wider. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß Handel und Industrie überwiegend günstige Wirkungen gespürt haben, daß aber bei der Landwirtschaft viel Gegnerschaft gegen die Sommerzeit zu finden ist. Die Stellungnahme der Arbeiterschaft ist geteilt. Die Schwierigkeiten im Eisenbahnverkehr beim Uebergang sind besser zu überwinden gewesen, als vorher oft angenommen wurde.

Nach den Mitteilungen in der Zeitung des Verbandes der Eisenbahnverwaltungen gingen die Erfahrungen allgemein dahin, daß sich erheblichere Schwierigkeiten nur bei der allerdings derzeit besonders wichtigen Milchbeförderung ergeben hätten, da die Landwirtschaft sich vielfach der Vorrückung der Zeit nicht anpassen konnte; doch sei fast in allen Fällen eine befriedigende Regelung erreicht worden und mit der reicheren Ausgestaltung des Fahrplans in Friedenszeiten würden die Anstände sich wohl ohne weiteres beheben lassen. Im Ausflugsverkehr haben sich nur kleine Verschiebungen ergeben, denen die Bahnen ohne Schwierigkeit gerecht werden konnten. Bedeutende Ersparnisse an Beleuchtungskosten seien ohne Zweifel zu erwarten.

Für den Handel liegen bisher Aeußerungen der Handelskammern in Köln und Duisburg vor, die beide sehr günstig lauten. Die Duisburger Handelskammer befürwortet die Beibehaltung der Somerzeit auch für den Frieden und die Umstellung der Uhren nicht erst am 1. Mai, sondern schon am 1. April. Auch die Berliner Handelskammer spricht sich für die Verlegung im April aus und empfiehlt dabei zu prüfen, ob nicht besser als der Kalendererste des Monats dessen erster Sonntag als Zeitpunkt der Uhrenumstellung zu bestimmen wäre, weil dem Gewerbestand alsdann ein Uebergang von der Winterzeit zur Somerzeit gegeben wäre, der für das Geschäftsleben, namentlich für Fabriken mit mehreren Schichten, und — wegen des Ruhens des Güterverkehrs — wohl auch für die Eisenbahnverwaltung von Wert sein würde.

In dem Bericht der Berliner Handelskammer heißt es u. a.: Von keiner der unsererseits befragten Firmen sind nachteilige Einwirkungen, namentlich Anzeichen von Ermüdung oder Unterernährung infolge Schlafentziehung beobachtet worden. Besonders bemerkenswert erschien hierbei, daß der Gesellschaftsarzt einer unserer größten Versicherungsgesellschaften ausdrücklich bestätigt, es hätten sich keinerlei Mißstände bezüglich der Gesundheitsverhältnisse der Angestellten gezeigt. . . . Infolgedessen kann von einem nachteiligen Einfluß der Sommerzeit auf die Betriebssicherheit keine Rede sein. Selbst wenn in den letzten Monaten dieses Jahres hier und da mehr Betriebsunfälle als in den Vorjahren vorgekommen sein sollten, wäre das nicht sowohl auf die Sommerzeit, als vielmehr auf die durch die Kriegsverhältnisse verursachte Einstellung ungelernter Kräfte zurückzuführen. Andererseits ist die Ersparnis der Betriebe an Leuchtmitteln, abgesehen von ganz frühzeitig schließenden Bureaus und von Fabriken mit regelmäßiger Schichtarbeit, überall mehr oder weniger bemerkbar.

Auch der Vorstand der Handwerkskammer von Berlin hat sich für die Sommerzeit als dauernde Einrichtung ausgesprochen.

In der Arbeiterschaft sind die Meinungen geteilt.

Während ein Teil die hellen Abendstunden mit Freude begrüßt, um sie der Erholung oder für Gartenarbeiten zu benutzen, empfindet ein andere Teil das zu frühe Aufstehen als gesundheitsschädlich; man könne der hellen Abende wegen doch erst sehr spät einschlafen und erleide also eine zu große Verkürzung des Schlafes. Es handelt sich bei dieser Klage namentlich um solche Arbeiter, die sehr weite Wege zur Arbeitsstätte haben und frühe Arbeiterzüge benutzen müssen. Bei ihnen kommt auch die Lichtersparnis nicht zur Geltung, da sie im Mai und September früh Licht brennen müssen.

Ein kennzeichnender Vorgang spielte sich in bezug auf die „Sommerzeit" im Baugewerbe ab. Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hat den drei baugewerblichen Arbeiterzentralverbänden mitgeteilt, daß im September eine Veränderung der Einteilung der tariflichen Arbeitszeit erwünscht sei. Infolge Beibehaltung der Sommerzeit reiche bei Beginn der Arbeit um 6 Uhr morgens das Tageslicht nicht mehr aus. Der Bund wolle deshalb seine Unterverbände ermächtigen, mit den Zweigvereinen der Arbeiterverbände Vereinbarungen dahin zu treffen, daß im Monat September später mit der Arbeit begonnen werde als im Vertrage vorgesehen ist, dafür aber entweder die Mittagspause um eine entsprechende Zeit verkürzt oder der Arbeitsschluß entsprechend hinausgeschoben werde.

Der Vorstand des Bauarbeiterverbandes hat diesem Wunsch grundsätzlich zugestimmt. Er erteilte den Zweigvereinen die Ermächtigung zu der notwendigen Aenderung, jedoch mit der Maßgabe, daß durch die Verschiebung weder eine Verlängerung noch eine Verkürzung der Arbeitszeit erfolgen darf.

Aehnliche Klagen wie die oben mitgeteilten Beschwerden der Arbeiterschaft werden bei der Landwirtschaft laut, da die Landwirtschaft schon immer ihre Arbeitszeit den Lichtverhältnissen angepaßt hatte und nach der neuen Zeiteinteilung nun manche Arbeiten bei künstlichem Licht gemacht werden mußten, die sonst schon in die erste Tageshelle fielen. Sowohl von der schlesischen Landwirtschaftskammer wie auch vom bayerischen Landwirtschaftsrat liegen Beschlüsse vor, die sich gegen die Wiederholung der Sommerzeit in künftigen Jahren richten.

Die Befürchtungen, die man anfänglich in bezug auf die Schulkinder hatte, daß ihnen der verkürzte Schlaf am Morgen schaden könnte, sind erfreulicherweise durchweg nicht eingetroffen.

So liegen z. B. aus der pfälzischen Volksschullehrerschaft Gutachten vor. Die Kinder, auch die jüngeren und kleinsten, waren danach gerade in den Morgenstunden am aufmerksamsten und frischesten. Der frühere Schulanfang habe sich ausgezeichnet bewährt. Auch die Lehrpersonen seien damit ohne Ausnahme einverstanden. Die Befürchtungen von Schlaffheit und Kränklichkeit hätten sich nicht verwirklicht.

Allerdings können die guten Wirkungen bei den Schulkindern nur dann eintreten, wenn der Schulanfang im Sommer und Winter der Uhr nach auf dieselbe Stunde gelegt wird. Wo er, wie sonst üblich, im Sommer auch diesmal eine Stunde früher gelegt wurde, war er infolge der Uhrumstellung in Wahrheit 2 Stunden früher gelegt, und eine solch starke Umlegung kann allerdings eine zu große Verkürzung des Schlafes für die Kinder bedeuten. Es dürfte jedoch ein leichtes sein und sogar eine Vereinfachung des Schulplans bedeuten, diese zu starke Früherlegung zu vermeiden.

Die Ueberleitung von der Sommer- in die Winterzeit wird in der Nacht vom 30. September zum 1. Oktober erfolgen, und zwar wird die Stunde von 12 Uhr Mitternacht bis 1 Uhr früh doppelt (12 A und 12 B) gezählt.

Hypothekenbewegung im lübeckischen Staate vom 1. April 1914 bis 31. März 1915. Der Hypothekenverkehr hatte im Verwaltungsjahr 1914 (1. April 1914 bis 31. März 1915) folgendes Ergebnis:

	Zahl	Betrag Mk.
Umschriften	2459	12 093 161
Neue Verpfändungen	1099	7 871 797
Löschungen	860	4 406 157

Die hypothekarische Belastung des Grundeigentums im lübeckischen Staatsgebiet hat also um 239 Posten und 3 465 640 Mark zugenommen. Die Steigerung im Vorjahre war mit 323 bezw. 4 437 176 Mk. erheblich größer. An der Mehrbelastung waren Geldinstitute mit 2,10 (1,38), darunter lübeckische mit 1,89 (1,15), und Privatpersonen mit 0,68 (2,14) Millionen Mark beteiligt, darunter lübeckische mit 0,37 (0,63), auswärtige mit 0,31 (1,51) Millionen Mark. Im Gegensatz zum Vorjahre ist der Hypothekarkredit diesmal in sehr starkem Maße von Geldinstituten befriedigt worden, damals gaben sie nur 31,1 Prozent, diesmal aber 60,5 Prozent der Hypothekengelder her, während von Privatpersonen nur 19,6 Prozent (48,2 Proz.), von hiesigen nur 10,7 Prozent (14,4 Proz.), von auswärtigen Privatpersonen 8,9 Proz. (33,8 Proz.) belegt wurden.

Hypothekenbriefe wurden im ganzen 487 über 4 336 806 Mark ausgestellt, bei den Neubelegungen über 32,9 Prozent (31,4 Prozent) und bei den Umschriften über 12,5 Prozent (23,7 Proz.) des ganzen in Frage kommenden Betrages.

Der Zinsfuß der Hypotheken drängte weiterhin nach oben: die Gelder, die mit weniger als 4½ Prozent zu verzinsen waren, nahmen fast alle ab und gingen insgesamt um 656 933 Mark (1 337 475 Mk.) zurück. Die mit 4½ Prozent und höher verzinslichen nahmen dagegen mit Ausnahme der mit 4⅘ Prozent verzinslichen 4000 Mk. sämtlich zu, am meisten die auf 4½ und 5 Prozent stehenden, nämlich um 1 163 326 Mark (2 594 736 Mk.) bezw. 1 389 655 Mark (1 441 260 Mk.) und alle mit 4½ Prozent und höher verzinslichen um 3 876 043 Mk. (5 774 651 Mk.).

Was den Beruf der Grundstückseigentümer betrifft, die ihr Eigentum höher belasteten, so entfielen von der Zunahme der hypothekarischen Belastung 2,49 Mk. (2,64 Mk.) Millionen Mark auf Selbständige in Landwirtschaft, Industrie und Handel, darunter 0,57 (0,70) Millionen Mark auf Landwirte und Gärtner, 0,66 (0,71) Millionen Mark auf Bauhandwerker, 0,38 (0,17) Millionen Mark auf Großkaufleute und 0,21 (0,46) Millionen Mark auf Kleinkaufleute, 0,30 (0,31) Millionen Mark auf Angestellte und freie Berufe, 0,04 (0,87) Millionen Mark auf Handelsgesellschaften und Firmen. Bemerkenswert ist die Abnahme bei den Kleinkaufleuten und Firmen.

Die Gesamtbelastung des lübeckischen Grund und Bodens stellte sich Ende März 1915 auf rund 245 Millionen Mark,

Die Erhöhung der Kostgeldsätze des Allgemeinen Krankenhauses beschäftigte den Bürgerausschuß, wie wir bereits kurz berichtet haben, in seiner gestrigen Sitzung. Vom Senat war beantragt worden, daß die Verpflegungssätze vom 1. Mai 1916 wie folgt festgesetzt werden:

	Hiesige Mk.		Auswärtige Mk.	
1. für die dritte Klasse				
a) Erwachsene	3,50	(2,75)	4,75	(4,50)
b) Kinder bis zu 12 Jahren	2,—	(1,75)	3,50	(2,75)
2. für Kranke der dritten Klasse, die in kleineren Zimmern untergebracht zu werden wünschen (3a-Klasse)	4,25	(3,75)	5,50	(5,50)
3. für Kranke der ersten und der zweiten Klasse:				
Zweite Klasse	6,—	(5,—)	7,50	(7,50)
Erste Klasse	10,—	(10,—)	13,—	(13,—)

Die eingeklammerten Zahlen sind die jetzt geltenden Sätze. Der Bürgerausschuß hatte die Vorlage an eine Kommission verwiesen, die folgenden Vorschlag machte:

	Hiesige Mk.	Auswärtige Mk.
1. für die dritte Klasse		
a) Erwachsene	3,25	5,—
b) Kinder bis zu 12 Jahren	2,—	3,—
2. für Kranke der dritten Klasse, die in kleineren Zimmern untergebracht zu werden wünschen (3a-Klasse)	4,25	6,—
3. für Kranke der ersten und zweiten Klasse:		
Zweite Klasse	6,—	8,50
Erste Klasse	12,—	15,—

Der Bürgerausschuß beschloß, den Senatsantrag in der von der Kommission beantragten Fassung zur Mitgenehmigung durch die Bürgerschaft zu empfehlen. Die nunmehr vorgeschlagene Regelung ist wenigstens etwas besser und gerechter als die vom Senat vorgesehene.

Petroleum für Heimarbeiter und Minderbemittelte. Unter Hinweis auf die Bekanntmachung vom 26. September teilt die Beratungsstelle für Beleuchtungsfragen mit, daß schon jetzt eine außerordentlich große Anzahl von Anträgen auf Abgabe von Petroleumkarten vorliegen. Bis zum Freitag müssen alle Formulare ausgefüllt bei den Händlern wieder abgegeben sein. Die Sichtung und Prüfung der gelben und grünen Karten wird einige Zeit in Anspruch nehmen, so daß Ende nächster Woche die Petroleumbezugsscheine erst ausgegeben werden können. Auch im vorigen Jahre stand der Kriegshilfe das Petroleum erst von Mitte Oktober ab zur Verfügung. Die Regelung durch Ausweisformulare hat den Vorzug, daß die Karten nicht wie im vergangenen Jahre allmonatlich erneuert werden müssen; vielmehr gelten die Karten dann gleich für den ganzen Winter, so daß der Weg zur Börse nur einmal gemacht zu werden braucht.

Anrechnung des aus Hausschlachtungen gewonnenen Fleisches auf die Fleischkarte. Erfolgt die Verwendung des aus einer Hausschlachtung gewonnenen Fleisches innerhalb des Zeitraumes, für den der Selbstversorger bereits Fleischkarten erhalten hat, so hat er eine entsprechende Anzahl Fleischkarten nach näherer Regelung des Kommunalverbandes diesem zurückzugeben. Erstreckt sich die Verwendung über diesen Zeitraum hinaus, so hat der Selbstversorger außerdem bei Ausgabe neuer Fleischkarten anzugeben, innerhalb welcher Zeit er die Fleischvorräte verwenden will. Für diese Zeit erhält er nur so viele Fleischkarten, als ihm nach Abzug der Vorräte noch zustehen. Hierbei wird das Schlachtviehfleisch mit drei Fünfteilen des Schlachtgewichts angerechnet. Selbstversorgern, die ihren Bedarf an Schweinefleisch durch Hausschlachtung decken, wird bei dem ersten Schwein, das sie innerhalb eines Jahres, gerechnet vom 2. Oktober 1916 ab, schlachten, das Schlachtgewicht nur zur Hälfte angerechnet.

Die Landesversicherungsanstalt der Hansestädte zeichnete wiederum wie auf die 4. Anleihe fünf Millionen Mark, insgesamt bis jetzt 40 Millionen Mark.

Die Besitzer ausländischer oder im Ausland befindlicher Wertpapiere seien darauf hingewiesen, daß die Vordrucke für die durch Bundesratsverordnung vom 23. August d. J. vorgeschriebene Anmeldung der ausländischen Wertpapiere und der im Ausland ruhenden (inländischen oder ausländischen) Wertpapiere nunmehr bei sämtlichen Reichsbankanstalten, in Berlin bei dem Kontor der Reichshauptbank für Wertpapiere (am Hausvogteiplatz Nr. 14) ausgegeben werden. Schriftliche Abforderungen von Anmeldebogen durch die Post und etwaige Anfragen sind ebenso wie die Anmeldung selbst an diejenige Reichsbankanstalt (Reichsbankhauptstelle, Reichsbankstelle oder Reichsbanknebenstelle), in deren Bezirk der Anmeldepflichtige seinen Wohnsitz, dauernden Aufenthalt oder Sitz hat, in Berlin an das Kontor der Reichshauptbank für Wertpapiere, Berlin SW. 19, zu richten.

Pakete für Kriegsgefangene. Man sollte meinen, daß jeder, der einen Angehörigen in einem Kriegsgefangenenlager der feindlichen Länder hat und ihm Sendungen zukommen lassen will, um sein Los etwas zu erleichtern, von selbst darauf achtet, daß die dem Gefangenen zugedachten Sachen gut verpackt und die Pakete mit einer Adresse versehen werden, die jeden Irrtum bei der Beförderung und Bestellung ausschließt. Leider ist dies n i c h t i m m e r d e r F a l l. Häufig müssen Pakete wieder an die Absender zurückgegeben werden, weil die Adressen nicht genau oder nicht deutlich genug angegeben sind, und oft ereignet sich es auch, daß die Pakete unterwegs aufgehen und daß es dann nicht möglich ist, den Inhalt wieder zusammenzusuchen und seiner Bestimmung zuzuführen. Bei der Riesenarbeit, die die ungeheuren Mengen der täglich an Kriegsgefangene gesandten Pakete der Post und der Heeresleitung verursachen, ist es dringend erforderlich, alles fest und sicher zu verpacken und die Adressen so zu schreiben, daß sie leicht lesbar sind und jeden Irrtum oder Zweifel bei der Bestellung ausschließen. Das sollte jeder, der Sendungen an Kriegsgefangene schickt, sich zur Regel machen.

Auf der Reise von Bergen nach Lübeck gestrandet. Mit welch unerbittlicher Brutalität England die Einhaltung der schwarzen Listen verlangt, beweist eine Meldung des „Socialdemokraten" aus Bergen vom 26. d. M. Der norwegische Dampfer „P r u n d e l l" war am 25. auf der Reise von Bergen nach Lübeck mit Stückgut nahe Bergen auf Grund gestoßen. Es war ihm unmöglich, sich durch eigene Kraft loszubringen. Eine Hilfe von Seiten Bergener Bergungsdampfer war jedoch ebenso unmöglich, da der Reeder des „Prundell", weil er seine neutralen Schiffe nach deutschen Häfen fahren läßt, von den Engländern auf die schwarze Liste gesetzt worden war. Das gleiche Schicksal würde die Bergungsdampfer Bergens wie alle norwegischen Dampfer ereilen, falls sie es wagten, dem norwegischen Dampfer „Prundell" Hilfe in der Not zu leisten. Jedem Hilfe bringenden Schiffe oder Schiffer würde England die Möglichkeit, englische Kohle fürderhin zu erhalten, unbarmherzig nehmen.

Löhnung der Mannschaften im Lazarett. Das Kriegsministerium veröffentlicht folgenden Erlaß, der am 1. Oktober 1916 in Kraft tritt: „Den in ein Lazarett aufgenommenen Mannschaften ist, gleichviel welcher Waffengattung sie angehören, vom ersten Tage des auf die Aufnahme folgenden Monatsdrittels ab stets die für das immobile Verhältnis vorgesehene Löhnung der Unberittenen ihres Dienstgrades zu zahlen. Vom Tage der Entlassung aus dem Lazarett ab steht ihnen die Löhnung nach dem Satz ihrer Kriegsstelle beim neuen Truppenteil zu. Die infolge Ueberweisung zu einer immobilen Formation etwa erforderliche Nachzahlung des Löhnungsunterschiedes für die Tage bis zum Schluß des Monatsdrittels, in dem die Entlassung aus dem Lazarett erfolgt ist, hat der neue Truppenteil zu bewirken. Bezüglich der Nachzahlung an die zu mobilen Formationen übergetretenen Mannschaften verbleibt es bei der durch Erlaß vom 22. September 1915 abgeänderten Bestimmung im § 21,1 Absatz 2 der Kriegsbesoldungsvorschrift."

Von den Badeanstalten. Am 30. September, abends, wird die Badeanstalt F a l k e n d a m m geschlossen. Die Krähenteich-Badeanstalt bleibt bis auf weiteres geöffnet.

Aus Militär-Brieftauben-Züchterkreisen werden in letzter Zeit wieder vielfach Klagen laut, daß Militär-Brieftauben, die für Heeres- und Marinezwecke Verwendung finden, in frevelhafter Weise abgeschossen werden. In den meisten Fällen gelingt es leider nicht, die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Abgesehen von dem hohen materiellen Wert haben die Militär-Brieftauben unter den heutigen ernsten Verhältnissen eine weit größere und wertvollere Bedeutung durch fortlaufende Anforderungen der Armee- und Marinebehörden für Nachrichtendienste und jeder Ausfall durch Abschießen ist vorderhand sozusagen unersetzlich, da es sich meistens um ältere, gut vorgeübte Tiere handelt. Militär-Brieftauben haben in diesem Kriege schon Hervorragendes geleistet. Verschiedentlich wurden Menschenleben, die in Seenot oder aus anderer Ursache gefährdet waren, durch rechtzeitig von Militär-Brieftauben überbrachte Nachrichten gerettet. In den Schützengräben der Front sind Brieftauben unsern tapferen Soldaten treue Freunde geworden, die, wenn die Nachrichtenübermittlung nach rückwärts vollkommen unausführbar schien, doch noch im wütendsten Trommelfeuer wichtige Nachrichten überbrachten. Die Militär-Brieftauben sind durch Reichsgesetz vom 28. Mai 1894 besonders geschützt. Durch Kaiserliche Verordnung vom 23. September 1914 ist das Töten und Einfangen von Tauben jeder Art verboten. Wer Tauben bewußt oder unbewußt abschießt, macht sich strafbar. Alle Beteiligten sollten aber schon im Interesse der guten Sache darauf achten, daß feldernde und auf Reisen befindliche Militär-Brieftauben nicht frevelhafterweise niedergeschossen werden.

Genossenschaftsregister. Am 26. September 1916 ist eingetragen bei der Firma Lieferungs-Genossenschaft für Bedarfsartikel, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Lübeck: Die Firma ist geändert und lautet: Lieferungs-Genossenschaft für Bedarfsartikel für Heeres- und Staatsbehörden zu Lübeck, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Schwartau-Rensefeld. E i n e M i t g l i e d e r v e r s a m m l u n g d e s S o z i a l d e m o k r a t i s c h e n V e r e i n s findet am Freitag abend 8½ Uhr im Gasthof Transvaal statt. Niemand fehle.

Hamburg. E i n e H e r a b s e t z u n g d e r K l e i n h a n d e l s p r e i s e f ü r R i n d f l e i s c h um 20 Pfg. pro Pfund wird hier amtlich angekündigt. Wird man dem in Lübeck folgen?

Kiel. T ö d l i c h v e r u n g l ü c k t ist in der Norddeutschen Straße der Bremser Sch. von der Straßenbahn-Gesellschaft. Sch. hielt mit seinem Wagen in der Weiche und wartete auf die Ankoppelung an einen von der Fähre kommenden Motorwagen. Als dieser einlief, setzte Sch. seinen Wagen vorzeitig in Bewegung, sprang von der linken, der falschen Seite ab, fiel zwischen beide Wagen und wurde von diesen eingeklemmt. Sch. ist infolge der erlittenen schweren Verletzungen verstorben.

Aus Nah und Fern.

Verhaftung der Raubmörder in Neukölln. Wie ein Telegramm aus Berlin meldet, wurden gestern nachmittag in einer Laube in Neukölln die beiden Mörder der Blumenarbeiterin Anna Rudolphi, die Fürsorgezöglinge Richard und Otto **Klaus**, verhaftet. Die beiden jugendlichen Mörder haben bereits ein Geständnis abgelegt.

Eisenbahn-Unglück bei Marseille. Laut „Echo de Paris" fand bei Marseille ein Eisenbahn-Unglück statt. Zwei Güterzüge stießen zusammen. Zwölf Wagen entgleisten. Das Unglück forderte drei Opfer.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: P a u l L ö w i g t, für den gesamten übrigen Inhalt J o h a n n e s S t e l l i n g.
Verleger: T h. S c h w a r t z. Druck: F r i e d r. M e y e r & C o. Sämtlich in Lübeck.

Ernährungs-Ausschuss.
Freitag Pflaumen 10 Pfund Mk. 1.90
Verkauf von 8 Uhr an am Produktenstrang nur gegen Vorlegung der Brotkarten aus den Bezirken I (Jakobi-Quartier) und 7 (St. Lorenz I). Auf 3 Brotkarten derselben Nummer werden **10** Pfund, auf 6 **15** Pfund, auf 9 **20** Pfund verabfolgt.
Die Kommission des Senates für die Beschaffung von Nahrungsmitteln und Futterstoffen.
4648)

Sozialdemokrat. Verein Schwartau-Rensefeld.
Als weiteres Opfer des Weltkrieges fiel auf dem Schlachtfelde der Genosse
Otto Hardt.
Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.
4669) **Der Vorstand.**

Dienstag mittag entschlief sanft nach langjährigem Leiden mein lieber Mann, der frühere Schneider
Heinrich Reimer
im 62. Lebensjahre.
In tiefer Trauer zeigt dies im Namen der Hinterbliebenen an (4678
Marie Reimer geb. Börth.
Lübeck, den 26. September.
Trauerfeier Sonnabend, d. 30. Sept., 9¾ Uhr, in der Vorwerkerkapelle.

Kutscher
bei dauernder Beschäftigung und hohem Lohn stellen ein (4666
Theodor Lüders & Hintz,
Kohlenhandlg., Beckergrube 48.

Lagerarbeiter
stellen noch ein (4667
Theodor Lüders & Hintz,
Beckergrube 48.

Ein tüchtiger kräftiger
junger Mann
für Lagerarbeiten gesucht.
Aug. Scheere,
Retteich 14. 4679

Ein Paar Herren-Zugstiefel, fast neu, Größe 42, zu verkauf.
4671) **J. Meyer,**
Kremmelsdorfer Allee 68, I.

Zu Neujahr kleines Einfamilien-Haus zu mieten gesucht, später zu kaufen gesucht. Ang. unt. **S D 28** an die Exp. (4680

Zu kaufen gesucht ganze u. halbe
Weinflaschen.
4672) Beckergrube 66.

Gefunden ein Block Vollkornkarten. (4682
Neustraße 12, pt.

Flick- und Strickarbeit
wird angefertigt. (4683
Untertrave 21, pt.

Intern. Patent-Bureau
Wilh. Graefe 4681
Schüsselbuden 18, I.

Alle Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (4661
Otto Albers
Markt 4. Kohlmarkt 10.
Mitgl. des Rab.-Spar. Vereins.

Kräftige Arbeiterinnen
werden gesucht. 4663
Heinr. Ihde Nachfl.
Fischkonservenfabrik. — Töpferweg 63.

Ersuche höflichst um Eintragung in die Kundenliste für Lieferung von Fleischwaren.
Ludw. Oldenburg,
Schlachterei,
4675) Friedenstraße 41.

Ersuche höflichst um Eintragung in die Kundenliste für Lieferung von Fleischwaren.
Gustav Simon,
Schlachterei,
4673 Arnimstraße 13 b. Fernsprecher 3409.

Ersuche meine werte Kundschaft höflichst, sich in die neue Kundenliste für sämtliche Fleischwaren eintragen zu lassen.
Wilh. Strohfeldt.
Nehme Meldungen entgegen am Sonnabend in der Markthalle Stand 14 u. 15 und Moislinger Allee 15. (4677

Ersuche meine werte Kundschaft höflichst, sich in die
Kundenliste
eintragen zu wollen.
Donnerstag, Freitag, Sonnabend
morgens in der Markthalle anwesend, Stand Nr. 20.
Adolf Schröder & Sohn,
Schlachterei. (4659

Bitte meine werten Kunden, sich in die (4660
Kundenliste
eintragen zu lassen zur Lieferung von Fleischwaren.
Sußmann, Moisling.

Bilderleisten Einrahmungen 4669
Oscar Tauchnitz, Glashandlg., Fleischhauerstr. 35. Fernruf 2608.

Ersuche höflichst um Eintragung in die Kundenlisten für Lieferung von (4664
Fleischwaren.
W. Rahlf, Schlachtermeister,
Holstenstraße 3.

Samt- Velour- Plum- Filz- u. Lack-
Hüte
für Damen u. Kinder. (4658
Minna Hurtz, Beckergrube 50
Hüte zum Aufarbeiten erbitte bald.

England und die Sperrung der See
Preis 20 Pfg.
Buchhdlg. Friedr. Meyer & Co.

Lübeck, 33 | Breite Straße 33 |
Zum Umzuge
empfehle zu leichtesten Zahlungsbedingungen
Möbel Betten Teppiche
Siegfried Ittmann.
4668

Drucksachen aller Art
liefert schnellstens
Buchdr. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Sozialdemokratischer Verein Schwartau-Rensefeld.
Mitglieder-Versammlg.
am Freitag, d. 29. September
abends 8½ Uhr
im Lokale des Herrn W. Hilprecht
(Gasthof Transvaal).
Um zahlreiches Erscheinen der Genossinnen und Genossen bittet
4670) **Der Vorstand.**

Stadttheater. 4676
Sonntag, den 1. Oktober 1916
abends 8 Uhr:
Fidelio.
Oper von L. van Beethoven.
(Verstärkung durch den Hamburger Opernchor.)
Dienstag, den 3. Oktober 1916
abends 7½ Uhr:
Die Hermannsschlacht.
Drama von H. v. Kleist.
Mittwoch, den 4. Oktober 1916
abends 8 Uhr:
Ostern.
Schauspiel von A. Strindberg.

Hansa-Theater.
Direktion: **Albert Hübener.**
Beginn der Winterspielzeit Sonntag, d. 1. Oktober, 8 Uhr:
Der Kartoffelkönig v. Stockelsdorf.
Große Lokalposse mit Gesang und Tanz von Th. Franke.
Z. Zt. über **200** Aufführungen am Drucker-Theater, Hbg.
Nachmittags 4 Uhr: (4665
Rote Rosen (Jostas Tagebuch).
Schauspiel in 5 Akten nach dem gleichnamigen Roman von Hedwig Courths Mahler von A. Steinmann, welcher z. Zt. in den Lübeck. Anzeigen u. Zeitung erscheint.
Vorverkauf im **Zigarrengeschäft Sager, Kohlmarkt** und an der Kasse von 10—1½ Uhr und ab 6 Uhr.

Nr. 228
23. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Donnerstag,
den 28. September 1916

Die Reichskonferenz.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Wenn die französischen Sozialisten gleichfalls kämpfen wollen, bis das Ziel der Sicherung erreicht ist, dann können die Franzosen ja nicht Frieden schließen, solange der Feind im Lande ist. Bei einer solchen Parole auf deutscher Seite mußten alle Versuche, mit den Franzosen zu beraten, scheitern. Unsere Haltung gegenüber den Bruderparteien enthielt auch manchen Fehler. (Zuruf: Und die anderen?) Seien wir doch nicht selbstgerecht, zu den andern komme ich noch. Es ist nicht richtig, daß die französischen Sozialisten von uns landesverräterische Handlungen gefordert hätten. Die Uebersetzung des Manifestes des französischen Nationalrats durch die verhetzende J. K. ist falsch, die der „Leipziger Volkszeitung" ist richtig. Gewiß darf die elsaß-lothringische Frage für die Franzosen kein Anlaß sein, dieses grauenvolle Gemetzel bis zum Weißbluten fortzusetzen. Elsaß-Lothringen soll als autonomer Freistaat im Deutschen Reiche bleiben. Im Parteivorstandsaufruf ist fett gedruckt, daß unsere Regierung friedensbereit sei, die andern aber nicht. Auch die Regierungen Frankreichs und Englands wollen auf Grund der Kriegskarte Frieden schließen. Auch Grey hat Friedensbedingungen ausgesprochen und am 16. Mai dss. Js. erklärt, daß England die Tollheit einer Zerschmetterung Deutschlands nicht wolle. (David: Und Asquith?) Asquith hat sich am 10. April ähnlich ausgesprochen. Wir trauen allen Ministerreden nicht. Auch Sasonow hat die Behauptung als sinnlos erklärt, Deutschlands Gegner wollten das deutsche Volk vernichten. Auch Briand will den Sieg seines Landes, ohne direkt Eroberungen zu verlangen. Bei unsern Gegnern hängt alles an England. Wenn man sagt, man müsse England durch Verschärfung des Seekriegs zum Frieden geneigt machen, so würde das nur den Krieg verlängern. Wir können uns nicht Amerika auf den Hals hetzen, wir stehen auch nicht so, daß wir „va banque" zu spielen brauchten. Und handelt es sich nicht darum, den andern auf die Knie zu zwingen, wir wollen das Elend der Niederlage auch nicht für die Arbeiter der andern Länder; darum Verständigung. Dafür sind auf dem letzten französischen Nationalrat 1000 von 2400 Stimmen abgegeben worden und zwar infolge unserer Haltung. Das allein rechtfertigt das selbständige Vorgehen der Arbeitsgemeinschaft. Bei so gewaltigen Fragen sollte man nicht von Disziplin oder Nichtdisziplin sprechen. Wir handeln nach den Parteitagsbeschlüssen, über die sich keine Parlamentsfraktion und kein Kollegium hinwegsetzen darf. 1908 hat der Parteitag der disziplinwidrigen Minderheit in Bayern recht gegeben. Man hat uns aus der Fraktion herausgedrängt; in einer Zeit, wo Reden Pflicht, Schweigen Verbrechen ist, sollten wir dasitzen wie stumme Hunde. (Viele Zurufe.) Wir wollen nicht den Frieden um jeden Preis, ich rede nicht von der Stimmung vieler im Lande. Wir wollen unter keine fremde Gewalt kommen, weder den Despotismus noch den englischen Imperialismus unterstützen, wir wollen aber, daß um keinen Preis dieser Krieg fortgesetzt werde. Dadurch, daß Sie diese Politik der bürgerlichen Klassen unterstützen, sind Sie mit verantwortlich dafür. (Stürmisches Händeklatschen bei einem Teil der Versammlung.) Der Friede ist nur zu erreichen, wenn mit aller Rücksichtslosigkeit diejenigen bekämpft werden, die dem sozialistischen Frieden, dem Frieden der Verständigung sich in den Weg stellen. Der Hebel ist bei England anzusetzen; Minister Cecil hat kürzlich erklärt, daß an England niemals etwas anderes an Friedensangeboten herangetreten ist, als was in den Kanzlerreden enthalten war. England würde es nicht sehr freudig sehen, wenn Rußland von Konstantinopel Besitz ergriffe; die Englandhetze aber verschlechtert die Friedensaussichten. Friedensverhandlungen mit England widersetzen sich die Imperialisten.

Wir treten ein und sind eingetreten für die Einigkeit in der Partei, die durch die von mir gerügten Handlungen aufs äußerste gefährdet ist. Nicht wenige im Lande und an der Front erklären, wegen der Haltung der Fraktionsmehrheit nicht mehr mit der Partei zusammenarbeiten zu können. (Lebhafter Widerspruch.) Eine Masse von Briefen beweist das. (Zurufe: Unsere Briefe beweisen das Gegenteil.) Für diese Genossen ist es überaus wichtig gewesen, daß die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft die gewohnten sozialdemokratischen Anschauungen vertritt. Wir haben diese Genossen der Partei erhalten, die Einigkeit ist aber nur möglich, wenn Toleranz geübt wird. Fahren Sie nicht auf dem Wege der Unterdrückung fort! Vielleicht erleben wir bald eine Wendung im Seekrieg, die die Partei vor eine wichtige Entscheidung stellt. Wenn dafür Kredite gefordert werden, für eine kriegsverlängernde Politik, sollen wir auch dafür stimmen? Durch eine andere Politik hätten wir die Internationale leichter auf unsere Seite bekommen, wir waren der Verständigung der Völker näher, wir könnten das Ende des Krieges beschleunigen. Wir wollen die Einheit der Partei, aber einer Partei, die weder Imperialismus, Kolonial- und Schutzzollpolitik fördert, noch den Klassenkampf abschwächt. Wir wollen eine Einheit der Partei, aber auf dem festen granitenen Boden des sozialdemokratischen Programms; wir wollen sie als internationale Sozialisten! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei der Opposition)

Darauf tritt die Mittagspause ein.

In der

Nachmittagssitzung

spricht zunächst als Vertreterin der Gruppe Internationale

Käte Duncker: Wir stehen nicht nur im schroffsten Gegensatz zu der Politik der Mehrheit, sondern verhalten uns auch kritisch gegenüber der Arbeitsgemeinschaft. Wir wollen die Internationale zu einem positiven Machtfaktor machen. Der internationale Gedanke muß das A und O unserer Erziehungsarbeit im Lande werden. Wir stellen die Ideologie des Internationalismus der Ideologie des Nationalismus gegenüber, vor dem die Partei am 4. August 1914 kapituliert hat. Aus dem imperialistischen Charakter des Krieges ergibt sich unsere Stellung zur Landesverteidigung. Jeder Krieg wird mit dem Geschrei eröffnet, daß das Vaterland in Gefahr ist. Zwischen den großen imperialistischen Staaten gibt es aber überhaupt keine Verteidigungskriege mehr. Ihre Kriege sind immer Eroberungskriege. Darum können wir unsere Stellung zum Krieg nicht abhängig machen von der jeweiligen Kriegslage, wie es die Arbeitsgemeinschaft getan hat. Der Ausdruck: Vaterlandsverteidigungs-Nihilismus, den ein Mitglied der Arbeitsgemeinschaft uns gegenüber gebraucht hat, ist durchaus unzutreffend. Wir stehen nur auf dem Boden der Stuttgarter Resolution, die es uns zur Aufgabe macht, mit allen Mitteln auf die schnelle Beendigung des Krieges hinzuarbeiten und die durch ihn herbeigeführte Krisis auszunutzen, um die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu beschleunigen. Soweit Sozialisten innerhalb ihres Landes zur Macht gelangen, werden sie diese Machtposition auch gegen äußere Feinde zu verteidigen haben, wie das die Kommunekämpfer von 1870 getan haben. (Henke: Und das ist im Sinne unseres Programms.) In der Steuerfrage lehnen wir alle Mittel zum Kriege ab, ganz gleich, woher sie genommen werden. Eine geschlossene Opposition besteht nicht. Wir werden getrennt marschieren, aber den gemeinsamen Gegner vereint schlagen, und darauf kommt es uns heute mehr an. (Aha! und Heiterkeit bei der Mehrheit.) Wir haben abzurechnen mit dem Parteivorstand. Mit den Sozialimperialisten Kolb, Lensch, Cohen, Heine, Heilmann usw. setzen wir uns hier nicht auseinander, denn daß diese Leute nicht auf dem Boden des Parteiprogramms stehen, ist allen Leuten klar. (Sehr richtig! bei der Minderheit.) Zwischen ihnen und uns gibt es keinen gemeinsamen Boden. (Ledebour: Mit uns auch nicht.) Diese Leute sind innerhalb des Tempels der sozialistischen Ideen Tempelschänder. (Vorsitzender Ebert rügt diese Ausführungen.) Erste Vorbedingung für die Wiederanknüpfung für internationale Beziehungen ist die Abkehr von der Politik des 4. August. Die Einheit der Partei beruht auf der Einheit des Grundsatzes. Wenn Parteivorstand und Fraktion dies Fundament durch ihre Kriegspolitik untergraben, dann muß die Organisation der Auflösung und Zerrüttung anheimfallen. Man wirft uns die Zerrüttung der Partei durch Spaltung vor. Ach diese Arbeit hat der Parteivorstand bereits so gründlich besorgt, daß uns zu tun so gut wir gar nichts übrig bleibt. Der Parteivorstand und die Generalkommission bedienen sich in ihrem bekannten Flugblatt und in anderen Veröffentlichungen direkt des Belagerungszustandes zur Unterdrückung der ihnen unbequemen Kreise in der Partei. (Unruhe.) Mit dem Wort Disziplin dürfen doch Leute nicht mehr operieren, die dem Parteiprogramm und den Parteitagsbeschlüssen jeden Tag ins Gesicht schlagen. Diesem Parteivorstand gegenüber wäre Disziplin ein Verbrechen. Wir wollen eine Internationale schaffen, die im stande ist, die Wiederholung solcher entsetzlichen Kriege für alle Zeiten zu verhindern.

In der nun folgenden Aussprache über die Referate nimmt zunächst das Wort

Sänger-München: In den zwanzig Monaten, die ich als Krankenpfleger draußen im Felde war, hat mich und die zahlreichen Parteigenossen draußen am meisten die Kunde bewegt, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sich gespalten hat. Das Urteil über diesen Schritt war durchaus einheitlich. Wir haben uns alle nur gefragt, wie kamen sie dazu, früher die Kredite zu bewilligen, wenn sie sie jetzt verweigern wollen, in einer Stunde, die nicht weniger gefahrvoll ist als die frühere. Wenn jemals die Kredite zu bewilligen waren, dann im jetzigen Augenblick. Der Reichskanzler hat nicht die Annexion Belgiens, sondern Garantien dafür gefordert, daß Belgien nicht englisch-französischer Vasallenstaat und nicht Bollwerk gegen Deutschland wird. Darin stimme ich dem Reichskanzler vollkommen zu. (Lebh. Hört, hört! bei der Opp. — Sehr richtig! bei der Mehrh.) Ich bedanke mich dafür, englischer Helot oder Mitglied der französischen Bourgeoisierepublik zu werden. (Sehr gut!) Ich frage Sie, von der Minderheit, ob wir, wenn wir jetzt wieder ins Feld gehen, draußen weiter unsere Pflicht tun sollen. (Ledebour: Selbstverständlich!) Aber Sie lassen uns im Dreck sitzen! (Lebh. Zustimmung bei der Mehrh. — Lachen bei der Opp.) Wie können Sie Soldaten ins Feld hinausschicken, die in täglicher Gefahr für ihr Leben stehen, ohne ihnen das zu bewilligen, was sie nötig haben für den persönlichen Schutz und für die Verteidigung des Vaterlandes. Warum steht draußen jeder seinen Mann trotz des persönlichen Unwillens und Geschimpfes, weil jeder weiß, daß es sich um nichts anderes handelt als um die Verteidigung des Vaterlandes, das nach meiner persönlichen Ueberzeugung trotz allem wert ist, daß es verteidigt wird. (Lebh. Zustimm.) Mehr noch als die Kunde von der Ablehnung der Kriegskredite hat mich draußen die Nachricht empört, daß die Minderheit der sozialdemokratischen Fraktion sitzen geblieben ist bei der Ehrung der toten Helden der Nordseeschlacht am Skagerrak. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit. — Rufe bei der Opp.: Ist nicht wahr!)

Laukant-Berlin: Die Mehrheit ist geradezu zum Schleppenträger des Kapitalismus geworden. Daß Flugblätter anonym erscheinen, ist auch dadurch bedingt, daß jeder, der die Regierungspolitik unter seinem Namen angreift, sofort verhaftet wird. Der Sympathiestreik am Tage der Aburteilung Liebknechts ist ganz spontan und ohne jede Beeinflussung von irgend einer Seite in der Arbeiterschaft entstanden.

Vors. Ebert: Es ist folgende Resolution von Dr. David und Genossen zur Friedensfrage eingegangen:

(Folgt die von uns bereits mitgeteilte Resolution David.)

Es folgte eine längere Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob David als Einbringer dieser Resolution, also eines selbständigen Antrages, Anspruch auf Verdoppelung der Redezeit hat. Im Laufe dieser Debatte erklärt

Dr. Braun-Nürnberg, daß nach der allgemeinen Meinung in der Partei die Reichskonferenz keine Beschlüsse fassen solle und würde. (Sehr richtig! bei der Opp.)

Vors. Ebert: Diese Auffassung ist unrichtig. Der Parteiausschuß hat nur beschlossen, und so habe ich auch bei Eröffnung der Konferenz widerspruchslos deklariert, daß diese Konferenz nur keine solchen bindenden Beschlüsse fassen soll, die in die Kompetenz der Parteitage eingreifen. (Große Unruhe bei der Minderheit.) David verzichtet auf Verlängerung seiner Redezeit.

Lipinski-Leipzig protestiert nunmehr dagegen, daß überhaupt Anträge mit Richtlinien für die Partei auf dieser Konferenz zur Debatte gestellt werden. (Beifall bei der Opp.)

Vors. Ebert: Ich erblicke in solchen Anträgen lediglich das Bestreben, die Meinung der Konferenz zum Ausdruck zu bringen; dazu kommen wir doch zusammen. Die Sache ist erledigt, wir fahren in der Debatte fort.

Dr. David: Haase erwidere ich, daß es prinzipiell weder geboten noch verboten ist, Kriegskredite zu bewilligen. Wie war die Situation am 4. August? Von West und Ost begannen sich die Millionenheere in Bewegung zu setzen, die sich auf deutschem Boden treffen wollten. Da sollte es sich nur um eine parlamentarische Vertrauensfrage für die Regierung handeln? Wir hatten alles zu tun, um unser Volk vor der schrecklichen Gefahr zu schützen, das war eine große allgemein politische Frage. (Zustimmung bei der Mehrheit.) Kautsky erklärte: Nachdem der Krieg einmal da war, war die Frage für die Sozialisten der einzelnen Länder nicht, wie der Krieg zu beenden ist, sondern wie eine Niederlage abzuwenden war. (Sehr richtig! bei der Mehrh.) Ob man da mit Ja oder Nein stimmt, läßt sich allein aus der Frage ableiten, wie man sich einer Niederlage des eigenen Volkes gegenüberstellt. Man kann nicht sagen; die Soldaten mögen das Land verteidigen, aber wir lehnen ab, was sie dazu brauchen. (Zuruf: Wie immer!) Die Frage war nicht, wie stellst du dich zur Regierung — nein, da war die Frage: wie stellst du dich zu deinem Volk? (Stürmischer Beifall bei der Mehrh.) In einer solchen Katastrophe konnten wir uns gar nicht anders entscheiden. (Zuruf: Oder wir waren erledigt!) Konsequent und verständlich erscheint mir die Haltung der Spartakus-Gruppe; sie leugnet die Pflicht der Landesverteidigung, das Proletariat hat kein Vaterland, die Niederlage ist ihr gleichgültig, weil es ihr eben gleichgültig ist, wenn das „Raubschiff", auf dem wir sitzen, in Grund geschossen wird. Natürlich gehen wir dann alle unter, aber das geht uns nichts an. (Heiterkeit.) Von diesem Standpunkt aus kann man die Verantwortung für eine Niederlage ablehnen, das ist klar. (Zuruf: Wenn auch Wahnsinn!) Jawohl, Wahnsinn vom Standpunkt einer Partei, die die Interessen des Volkes vertreten will. (Sehr richtig! bei der Mehrh.) Also dieser Standpunkt ist begreiflich bei Sektierern mit Bakuninschen Gedanken. Aber wie man vom Standpunkt Haases so etwas sagen kann, das kann kein gesunddenkender Mensch begreifen. (Widerspruch bei der Opp.) Haase ist angeblich gegen alle Annexionen, aber er ist nicht gegen Annexionen seitens anderer Länder uns gegenüber. (Haase: Unerhört! Wo habe ich das gesagt?!) Wir haben in der Fraktion Eroberungsabsichten Frankreichs auf Elsaß-Lothringen zurückgewiesen. Einige Abgeordnete haben dagegen gestimmt, also dagegen, daß für die deutsche Sozialdemokratie die elsaß-lothringische Frage nur eine innere

---

Don Quijote.

Von Cervantes.

8. Fortsetzung.

Don Quijote antwortete: „Warum habt Ihr mir nicht sofort Eure Not geklagt." Zugleich rief er Sancho Pansa, daß er herbeikommen möchte. Dieser aber hatte es nicht eilig; denn er war dabei, einen Küchenesel abzupacken, den die Herren mit sich führten. Sancho machte einen Sack aus seinem Mantel und stopfte, so viel er nur konnte, in denselben hinein und lud ihn auf sein Tier, worauf er sich zu seinem Herrn begab und den Priester unter dem Maultiere hervorhalf, ihn hinaufsetzte und ihm seine Fackel reichte.

Don Quijote sagte ihm, daß er sich wieder zu seinen Gefährten begeben möchte, die er seinerseits, der Beschwer halber, um Verzeihung bäte, da es nicht in seiner Gewalt gestanden, sie zu unterlassen, und Sancho sagte hierauf: „Wenn diese Herren vielleicht wissen wollen, wer der tapfere Mann gewesen, der ihnen so zugesetzt, so sagen Euer Ehrwürden dreist, er sei der berühmte Don Quijote von la Mancha, der sich mit einem anderen Namen nennt der Ritter von der traurigen Gestalt."

Hiermit entfernte sich der Priester, und Don Quijote fragte Sancho, was ihn bewogen, ihn so zu nennen. „Ich will es Euch sagen", antwortete Sancho, „ich habe Euch eine Weile bei dem Scheine der Fackel betrachtet, die jener Schwarze trug, und da spielte Euer Gnaden wahrhaftig die jämmerlichste Gestalt, die ich in meinem Leben gesehen habe!" „Den Namen will ich von jetzt ab führen; denn wisse, Sancho, alle irrenden Ritter der Vorzeit haben sich einen Beinamen erwählt. Der eine nannte sich der Ritter vom brennenden Schwert, ein anderer der Ritter vom Einhorn. Und damit sich mein Name besser für mich schickt, will ich eine überaus klägliche Gestalt auf meinen Schild malen lassen." „Wenn Ihr den Leuten nur Eure eigene Gestalt und Euer eigenes Antlitz zeigt, werden sie Euch sicher auch ohne Bild und Inschrift den Ritter von der traurigen Gestalt nennen, so sehr haben der Hunger und die ausgeschlagenen Backenzähne Euch zugerichtet."

Don Quijote lachte über Sanchos Scherzhaftigkeit, nahm sich aber doch vor, seinen Schild bemalen zu lassen. Gern hätte Don Quijote den Leichnam auf der Bahre gesehen, aber Sancho gab es nicht zu, sondern sagte: „Gnädiger Herr, Ihr habt dieses gefährlichste Abenteuer von allen am schönsten beendigt. Diese Leute, wenn sie auch jetzt überwunden und geschlagen sind, könnten beschämt, daß sie doch nur von einem einzigen Manne überwunden wären, umkehren und uns den Schaden heimzahlen. Der Esel ist wohl versehen, das Gebirge nahe, der Hunger groß, das beste wäre also, wir zögen uns zurück, wie's Sprichwort heißt: „In's Grab der Tote, der Lebende zum Brote." Mit diesen Worten trieb er seinen Esel an und bat seinen Herrn, ihm zu folgen, dem es auch schien, daß Sancho nicht unrecht habe und ihm also ohne Widerspruch nachritt.

Herr und Diener zogen weiter. Don Quijote nahm seinen Helm ab, da er ihn drückte, und gab ihn Sancho, der ihn vorn am Sattel seines Esels befestigte. Wie sie so dahinzogen, wurden sie von einem Manne eingeholt, der auf einem schönen Apfelschimmel ritt. Er trug einen Mantel von feinem grünen Tuche mit bräunlichem Sammet besetzt, und eine Mütze von demselben Zeuge. Die Decke der Stute war grasfarben und der Sattel mit kurzem Bügel ebenfalls grün und gelb. Ihm zur Seite hing ein maurischer Säbel an einem breiten Bandalier von Grün und Gold. Die Halbstiefel zeigten dieselben Farben, die Sporen waren nicht vergoldet, sondern grün, aber so blank, daß sie kostbarer erschienen, da sie zur ganzen Kleidung paßten, als wenn sie von reinem Golde gewesen wären. Als der Reisende zu ihnen gekommen war, grüßte er freundlich und ritt vorbei. Aber Don Quijote sagte zu ihm: „Wenn Euer Weg derselbe ist wie der unsrige und es Euch nicht darauf ankommt zu eilen, so würde ich es als eine Gunst ansehen, mit Euch reiten zu dürfen."

Der Ritter hielt den Zügel an und verwunderte sich über die Gestalt und das Gesicht des Don Quijote, das ja nicht mit dem Helm bedeckt war. Um nicht unhöflich zu erscheinen, mäßigte er die Gangart seines Tieres und ließ sich mit Don Quijote in ein Gespräch ein, begierig, über seinen sonderbaren Aufzug etwas zu erfahren. Aber daraus wurde nichts; denn wie Don Quijote den Kopf erhob, sah er einen Karren mit Fahnen daherkommen.

Er glaubte, daß ein neues Abenteuer seiner harre und rief deshalb Sancho mit lauter Stimme, zu ihm zu kommen und ihm den Helm zu geben. Sancho hatte eben von einigen Hirten etwas Quarkkäse gekauft und sie, da es ihm an einem Gefäße mangelte, in den Helm getan, als er die Stimme seines Herrn vernahm. Eilig ritt er zu ihm und fragte ihn nach seinem Begehr. Worauf jener sogleich sagte: „Gib mir den Helm, Freund Sancho; denn ich verstehe wenig von Abenteuern, wenn nicht dort eins ist, was mich nötigt, die Rüstung anzulegen." Als der im grünen Mantel dies hörte, sah er sich nach allen Seiten um, konnte aber nichts anderes entdecken, als einen Karren mit zwei oder drei kleinen Fahnen, welche anzeigten, daß auf demselben Geld für den König befördert wurde.

Er sagte es auch Don Quijote, der ihm aber keinen Glauben beimaß, sondern antwortete: „Vorsicht ist besser als Nachsicht; denn ich habe viele sichtbare und unsichtbare Feinde, von denen ich nicht weiß, wann, wo und in welcher Gestalt sie mich angreifen werden."

Er wandte sich hierauf zu Sancho und forderte den Helm, und da dieser nicht Zeit gehabt hatte, die Käse herauszunehmen, so war er gezwungen, ihn hinzugeben, so wie er war. Don Quijote nahm ihn, und ohne sich darum zu kümmern, was darin enthalten sei, stülpte er ihn mit der größten Eile über den Kopf. Da die Käse nun gequetscht wurden, so lief dem Don Quijote die Molke über Gesicht und Bart, worüber er sich so entsetzte, daß er sich zu Sancho wandte und zu ihm sagte: „Was ist geschehen, Sancho? Scheint es doch, daß mein Gehirn schmilzt oder meine Sinne sich auflösen, oder daß ich vom Kopf bis zu den Füßen schwitze. Wenn ich aber schwitzte, so geschieht es nicht aus Furcht, wenn auch ohne Zweifel das Abenteuer, das mir bevorsteht, schrecklich sein wird. Gib mir etwas, womit ich mich abtrocknen kann; denn der Schweiß verklebt mir die Augen." Sancho gab ihm ein Tuch und schwieg, indem er Gott dankte, daß sein Herr nicht das Richtige geraten hatte.

Don Quijote trocknete sich ab und nahm den Helm ab, um zu sehen, was ihm den Kopf kühlte. Da er nun im Helm die weißen Klöße wahrnahm, hielt er sie an die Nase und rief aus: „Bei dem Leben meiner Dulcinea von Tobosо, weiche Käse sind es, die du hineingelegt hast, verräterischer, unverschämter und gemeindenkender Stallmeister." Sancho antwortete mit vieler Kaltblütigkeit und Verstellung: „Wenn es Käse sind, so gebt sie mir nur her, daß ich sie essen kann. Aber der Teufel mag sie essen; denn es ist doch gewiß, daß der sie dort hineingelegt hat. Ich sollte mich unterstehen, den Helm Euer Gnaden so unsauber zu machen? Ei, eine solche Dreistigkeit möchte ich wohl einmal sehen! Wahrhaftig, gnädiger Herr, so viel ich mit Gottes Hilfe davon begreifen kann, so muß ich auch meine Zauberer haben, die mich, als einen Teil von Euer Gnaden, verfolgen. Diese werden die Unreinlichkeit hineingebracht haben, um Eure Geduld in Zorn zu verwandeln, so daß Ihr mir die Rippen drescht. Aber diesmal haben sie sich verrechnet; denn ich habe das Zutrauen zu der Einsicht meines gnädigen Herrn, daß er überzeugt ist, wie ich weder Käse, noch Milch, noch dergleichen habe, und es auch lieber in meinen Magen als in Euren Helm tun würde." „Es mag sein," sagte Don Quijote.

(Fortsetzung folgt.)

deutsche Frage ist, daß sie unter keinen Umständen als internationale Frage gelten darf. Unter der Unversehrtheit des Reiches verstehen wir selbstverständlich auch, daß wir keinen Frieden akzeptieren, der die Grenzen nach Deutschland hinein einengt. (Ledebour: Sehr richtig!) Die andern lehnen aber jede positive Sicherung für Deutschland ab. Wer glaubt, daß ein deutscher Reichskanzler sich auf solche Kriegsziele einlassen kann, ist nicht ernst zu nehmen. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Wenn die Partei am 4. August 1914 nach dem Rezept Haases verfahren, und wenn die Niederlage über unser Land gekommen wäre, die Invasion mit alle ihren furchtbaren Schrecken, und wenn man uns dann hätte sagen können, daß wir mit verantwortlich dafür seien, daß die Einheit des Volkes auseinandergerissen wurde in der Stunde der höchsten Not, daß die wirtschaftliche Basis für die stolze deutsche Arbeiterbewegung zertrümmert wurde, so hätten wir uns in Deutschland politisch unmöglich gemacht. (Lebh. Zustimmung bei der Mehrh.) Mit Verachtung hätte man auf uns hingewiesen als die Mitschuldigen einer deutschen Niederlage. Deshalb sage ich: ein wahres Glück für das deutsche Volk und für die deutsche Sozialdemokratie, daß die Politik Haases und seiner Freunde nicht zum Siege gelangt ist. (Lebhafter Beifall bei der Mehrh.)

Eduard Bernstein gibt zunächst eine Darstellung über die Entstehung des Krieges. Die Bewilligung der Kredite war ein politischer Akt und sie ist allgemein, wie die Erfahrung gezeigt hat, nicht bloß als Verteidigung, sondern als eine Billigung des Krieges aufgefaßt worden. Das war das Verhängnisvolle. Das vorliegende Manifest kann keine sozialistische Partei unterschreiben. Mit diesem Manifest kommen wir nicht dazu, irgend eine gemeinsame Aktion der Sozialisten aller Länder für den Frieden herzustellen, und das ist doch die wichtigste Aufgabe. Das Manifest bedeutet das Gegenteil, die Spaltung der Internationale. (Beifall bei einem Teil der Delegierten.)

Auer-München: Ich war der Ansicht, daß auf dieser Konferenz die Mehrheit und die Arbeitsgemeinschaft zusammengeführt werden könnten. Die Rede Haases hat mir gezeigt, daß das naiver Optimismus war. Ich werde herzlich froh sein, wenn erreicht wird, daß den streitenden Brüdern klar wird, welch ungeheurer Schaden durch die bisherige Art der Bekämpfung den Arbeitern zugefügt wird. (Sehr gut!) War die Politik vom 4. August damals richtig, so kann sie nicht später Parteiverrat sein. Die Beschlüsse von Kopenhagen und Stuttgart bestanden auch damals. Die militärische Lage ist heute eher kritischer als am 21. Dezember 1915, wo die 20 Genossen die Erklärung abgaben, in der es heißt: Unsere Landesgrenzen und unsere Unabhängigkeit sind gesichert. Die internationalen Beschlüsse hätten nur Sinn, wenn sie in allen Ländern durchgeführt würden, und das war nicht durchzusetzen. Man sagt, die Kriegskredite müssen grundsätzlich abgelehnt werden und beruft sich auf Bebel. Aber auch Bebel hat sich 1870 nur der Stimme enthalten. Also mit der Grundsätzlichkeit hat es einen gewaltigen Haken. So wie bisher darf es mit den Streitigkeiten innerhalb der Partei nicht weitergehen. Zu irgend einem Ende müssen wir kommen. Schließlich müssen wir die Arbeiter aufrufen, daß sie Ruhe schaffen, wenn es von oben her nicht möglich ist. (Beifall bei der Mehrh.)

Kautsky-Berlin: Einig sind wir alle in der Friedenssehnsucht. Aber zur Herbeiführung des Friedens gibt es einmal den militaristischen Weg, der die Streitkräfte des Gegners vernichten, und ferner den international-sozialistischen Weg, der die Friedenskräfte in allen Nationen stärken und zusammenführen will. Der militaristische Weg führt heute nicht zum Frieden, sondern immer weiter in die Sackgasse hinein. Also ist heute der international-sozialistische Weg der einzige, der zum Frieden führen wird. Dazu ist notwendig, daß uns die Genossen kräftig unterstützen, aber die Resolution Davids ist das schlimmste Hindernis auf diesem Wege, und seine Rede zu diesem Manifest ist die offene Gutheißung des militaristischen Weges. David meint, im Kriege müssen wir unter allen Umständen hinter der Regierung stehen und alle Mittel bewilligen. (Ledebour: Das sagt Westarp auch!) Auf Bebel darf sich David nicht berufen. Der hat 1870 die Kredite nicht bewilligt. Ueber Davids Resolution läßt sich gar nicht diskutieren. Er kann seine Meinung über die Ursachen des Krieges verbreiten, während ich an der Veröffentlichung meiner gegenteiligen Meinung in dieser Zeit gehindert bin. Noch heute ist der Friede möglich. England und das englische Proletariat sind sofort dazu bereit (Stürmische Unterbrechungen), wenn wir erklären, daß wir keine Annexionen wollen, daß wir Belgien wiederherstellen, und zwar nicht als einen Vasallenstaat, wenn drittens die Wiederherstellung Serbiens ausgesprochen wird, wenn viertens Deutschland internationale Schiedsgerichte anerkennt, und wenn es fünftens bereit ist, sich mit England über die Rüstungen zu verständigen. (Zuruf: Und sechstens alle Kosten zu bezahlen!) Wenn die deutsche Regierung erklärt, sie erkennt diese Forderungen an, dann haben wir den Frieden. (Zuruf: Woher wissen Sie das?) Dann wird die Friedensstimmung in Frankreich und in England so groß, daß die Regierungen Frieden schließen müssen. Wer aber diese Forderungen ablehnt, ist für die Verlängerung des Krieges. (Langanhaltender Beifall bei der Minderheit.)

Cohen-Reuß: Wenn man die Gründe des Krieges feststellen will, dann darf man nicht, wie es Haase, Bernstein und Kautsky getan haben, sich nur auf die Weißbücher stützen. Kautsky selbst hat mich dahin belehrt, daß es nach marxistischer Auffassung falsch ist, bei einem historischen Geschehnis die wirklichen Gründe in dem äußeren Anlaß zu suchen. Die wirklichen Gründe für diesen Krieg waren die riesen Gegensätze zwischen England und Deutschland. Wenn die deutsche Regierung imperialistische Machtgelüste hätte, dann hätte sie doch mit diesem Krieg nicht gewartet, bis die Gegner am stärksten waren, sondern sie hätte zugeschlagen in einer Zeit, wo die Gelegenheit viel besser war und wo England selbst einen Krieg gegen das geschwächte Rußland empfahl. Wie kann Bernstein in der „Neuen Zeit" den blühenden Unsinn schreiben, daß die deutsch-feindlichen Tendenzen Englands neuen Datums sind, und daß kein Volk so schwer in den Krieg gegangen sei wie England. (Heiterkeit.) Er muß doch wissen, daß schon in der Chamberlainschen Periode die englische öffentliche Meinung für ein Bündnis mit Deutschland nicht zu haben war, weil es in ihm den gefährlichsten Konkurrenten sah. Wenn Kautsky hier sagt, die englischen Arbeiter würden für den Frieden sein, so hat er wohl vergessen, daß Thorne noch vor kurzem gesagt hat, die englischen Arbeiter würden der Regierung die Gefolgschaft verweigern, wenn sie jetzt für den Frieden wäre. Kautsky selbst hat am 27 November 1914 in der „Neuen Zeit" geschrieben: Bei einem Kriege stehe zwar kein Interesse des Proletariats direkt auf dem Spiel, aber die Bedingungen seiner Entwicklung könnten doch durch den Sieg der eigenen Regierung gefördert werden. Darum müsse das Proletariat Partei ergreifen und es werde durch den Krieg in die unangenehme Situation gebracht, derselben Regierung die Mittel zur Kriegführung zu bewilligen, der man im Frieden jeden Mann und jeden Groschen verweigert. (Laute Hört-hört-Rufe und Bewegung.) Kautsky hat ferner in der „Neuen Zeit" von der japanischen Sozialdemokratie geschrieben, sie habe im russisch-japanischen Krieg durch die Bekämpfung ihrer Regierung zwar den Frieden fördern wollen, tatsächlich aber dem Zarismus genutzt. (Lebhaftes Hört, hört! bei der Mehrh. und Zuruf: Soll das nur für Japan gelten?!) Auf Bebel darf sich Kautsky auch nicht berufen, der hat 1886 unter dem Sozialistengesetz ganz entschieden den Standpunkt durch Reden und von ihm eingebrachte Resolutionen vertreten, daß jede Erweiterung der Machtfülle Rußlands auf dem Balkan als eine schwere Schädigung der Interessen Deutschlands und der gesamten westeuropäischen Kulturentwicklung bekämpft werden müsse. Sollte Rußland Serbien als Sprungbrett dazu benutzen wollen, dann müßten wir uns mit Oesterreich solidarisch erklären. (Hört, hört! bei der Mehrheit.) Denselben Standpunkt hat auch Engels eingenommen, der in Oesterreich die Schutzmacht gegen den Zarismus erblickte. Wenn Kautsky meint, die deutsche Regierung könne den Frieden bekommen so wie sie auf Annexionen verzichtet, so ist er sehr im Irrtum. Auf eine solche Erklärung pfeift England. (Stürmischer Beifall bei der Mehrh.)

Frau Zietz: Als 1849 Gottfried Kinkel seine wenig mutvolle, aber um so denunziatorischere Verteidigungsrede vor dem Rastatter Kriegsgericht gehalten hatte, schrieb Karl Marx in der „Neuen Rheinischen Revue": „Die deutsche sogenannte revolutionäre Partei ist so schlapp, daß Dinge, die in England und Frankreich einen allgemeinen Sturm heraufbeschwören würden, in Deutschland vorübergehen, ohne daß man sich darüber wundert." An diesen Ausspruch wurde ich in den letzten zwei Jahren sehr oft erinnert, so auch bei der Beurteilung des Einmarsches in Belgien durch manche Parteigenossen, ebenso als die Forderungen der sechs Wirtschaftsverbände veröffentlicht wurden (Molkenbuhr: Veröffentlicht?!), als sie bekannt wurden. Ein Jahr lang hat die Opposition vergeblich den Kampf gegen die Annexionisten verlangt. Das hat mit zur Hinausschiebung der Friedensmöglichkeit beigetragen. Hätte die Fraktion die Kredite abgelehnt und die Reichstagstribüne benutzt, um ihren Standpunkt dem Volke klar zu machen, dann ständen wir ganz anders da. (Sehr richtig! bei der Opp. — Zuruf: Wir ständen überhaupt nicht da!) Die Partei hätte an Einfluß gegenüber der Regierung, innerhalb Deutschland und innerhalb der Internationale gewonnen. Dann hätte die Unsicherheit darüber, welchen Gebrauch wir von unserer Macht machen, uns Einfluß gegeben. (Heiterkeit bei der Mehrheit.) Die Parteiverdrossenheit und Indifferenz wäre nicht eingetreten und unsere Agitation nicht lahmgelegt. Erklären wir immer wieder, alles in den Dienst der Vaterlandsverteidigung zu stellen, dann braucht man auf uns keine Rücksicht zu nehmen. Das goldene Vertrauen der Massen werden wir nur wieder gewinnen, wenn wir wieder unsere alte Politik treiben; das wird auch das Beste für die Herbeiführung des Friedens sein. (Beifall bei der Opp. — Lachen bei der Mehrh.)

Legien: Hätten wir am 4. August eine andere Taktik eingeschlagen, dann brauchten wir uns heute gar nicht darüber auseinanderzusetzen, ob es in der Partei Annexionisten gibt oder nicht. Auf eine Provokation von mir hat Haase im Reichstag kurz erklärt, wir könnten uns mit einer Aenderung des Vereinsgesetzes begnügen, die den Gewerkschaften genüge. Danach beurteile man seine heutigen Ausführungen darüber. Ebenso unrichtig ist die Darstellung, daß die Fraktion niemals die Seitensprünge von Heine, Peus und anderen verurteilt habe, sie hat sich damit ebenso wenig beschäftigt, wie mit Schriften von Ledebour und Haase, als aber die Disziplin über Bord geworfen wurde, mußte sie Stellung nehmen. Haase und seine Freunde fordern ja auch die organisierte Arbeiterschaft auf, disziplinlos zu handeln. (Widerspruch bei der Opp.) Und das ist das Schlimmste. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Haase hat die wilden Streiks gutgeheißen. (Haase widerspricht), er hat sich doch gegen den Warnungsaufruf gewendet! (Zuruf: Das ist ganz was anderes!) Parteivorstand und Generalkommission bekleiden die höchsten Vertrauensämter und mußten deshalb vor solchen dunklen Existenzen, den anonymen Flugblattverbreitern, warnen. Haase hat uns nicht gesagt, welche Taktik er eigentlich will. „Mobilisiert", sind ja die Parteigenossen in ausreichendem Maße, in letzter Stunde wurden sie es noch für Friedensdemonstrationen. Ausländische Genossen haben von uns den Massenstreik im Kriegsfall erwartet — in einem Lande, wo ein Drittel der dafür in Frage kommenden Männer eingezogen und ein weiteres Drittel arbeitslos wird! Parteivorstand und Generalkommission mußten versuchen, die unfreiwilligen Massenarbeitseinstellung durch den Krieg zu lindern. Uns steht die Arbeiterschaft viel zu nahe, als daß wir nicht alle Kraft dafür aufbieten würden. Eine Niederlage Deutschlands heißt auch eine Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung. (Zurufe der Opp.: Wie Bassermann! Wie Stresemann!) Die Arbeiterklasse verlöre am meisten, sie würde ihre selbstgeschaffene Arbeiterkultur verlieren, wie sie in keinem anderen Lande besteht. Auf dieser Grundlage wollen wir den Sozialismus erobern, indem wir die Arbeiterschaft auf ein höheres Kulturniveau heben. Das war unsere Politik im Frieden, wir treiben sie weiter und werden sie weiter treiben. (Lebhafter Beigfall b. d. Mehrheit.)

Walcher-Berlin VI: Die Arbeiter werden dem Vorredner zur gegebenen Zeit schon ihre Auffassung von den Aufrufen des Parteivorstandes und der Generalkommission sagen, Hunderttausende empfinden nur Verachtung dafür. (Zustimmung bei der Opp.) Wir stellen uns auch nicht auf den billigen Gemeinplatz: Heiliger St. Florian, verschon' mein Haus, zünd' andere an! (Sehr gut! b. d. Opp.) Der Redner gibt dann eine Darstellung der Stuttgarter Parteiwirren vom Standpunkt der Opposition, über die der nächste Parteitag zu entscheiden haben werde, der vom Geist des Sozialismus erfüllt sein wird. Wir sind bereit und entschlossen, mit der Opposition und den auf schwierigem Posten für grundsätzliche sozialistische Klassenpolitik kämpfenden Stuttgarter Genossen eine Kampffront zu bilden. (Lebh. Beifall b. d. Opp.)

Molkenbuhr: Die Minderheit stellt uns als reine Trottel oder geradezu Schufte hin, — als ob wir keine Vergangenheit in der Parteibewegung aufs Spiel zu setzen hätten. Wir waren immer bestrebt durch die Macht der Einigkeit Vorteile für die Arbeiterklasse zu erkämpfen. Die Pflicht der Landesverteidigung haben wir niemals abgelehnt. Die Vorwürfe der Antimilitaristen sind uns allerdings nichts neues, speziell nicht in Berlin, hier ist s. Zt. auch Bebel und ebenso Liebknecht angegriffen worden, weil sie bei einer Militärdebatte 1890 die Pflicht der Vaterlandsverteidigung anerkannten. Unsere Abstimmung am 4. August war keine Abkehr, sondern eine Konsequenz unseres früheren Verhaltens. Bei Kautskys Friedensforderungen ist nichts davon gesagt, ob auch England herausgeben soll, was es besetzt hat und ob Frankreich bereit sein soll, auf Elsaß-Lothringen zu verzichten, und welche Bedingungen der Zarismus stellt. Eine internationale Friedensbewegung kann nicht einheitlich allein in Deutschland durchgeführt werden.

Hoch-Hanau: Durch Beschlüsse werden wir ein einiges Handeln nicht herbeiführen. An den Abstimmungen vom 4. August und vom Dezember 1915 habe auch ich mich beteiligt, aber keiner von uns hat sich dadurch bis ans Ende festgelegt. Ich habe die Kredite bewilligt, damit unser eigenes Volk durch den Ansturm der feindlichen Heere nicht vergewaltigt wird. Aber die Gefahr der Vergewaltigung ist vorüber, und zwar für alle Völker, keine Gruppe wird die andere niederzwingen und deshalb besteht jetzt die Gefahr der Verblutung aller Völker. Dieser Gefahr müssen wir entgegenwirken. — Wenn es nicht zur Spaltung gekommen wäre, so hätte mich das sehr gefreut. Aber die Opposition ist erklärlich und durch viele Handlungen des Vorstandes, die als schwere Ungerechtigkeit empfunden wurden, namentlich auch bei uns in Hanau, nimmt sie immer noch zu. Deshalb sollen wir keine unmöglichen Ziele verfolgen, sondern jedem seinen Willen lassen, bis uns die Verhältnisse wieder zusammenbringen. Diese Zeit sehe ich sehr nahe, denn die Verhältnisse spitzen sich immer mehr zu. Nicht durch Beschlüsse werden wir Einigkeit herbeiführen, sondern durch einiges Handeln, wenn die Zeit dafür da ist.

Die Debatte wird vertagt, es folgen persönliche Bemerkungen.

Keil lehnt es ab, den Stuttgarter Streit breitzutreten und erklärt einige der Behauptungen Walchers für unrichtig; schon nach dreiwöchiger Kriegsdauer traten die Sprengungsabsichten der Stuttgarter Opposition zu Tage. (Unruhe bei der Opposition. — Stadthagen: Das ist erstens Blödsinn, zweitens keine persönliche Bemerkung!) Die von Walcher angekündigte Untersuchung fürchten wir nicht. Eine Frage ist es jedoch, ob sich überhaupt der Parteitag noch mit Beschwerden einer Gruppe befassen wird, die seit Jahren ihre Parteipflichten verweigert hat.

Kautsky: Gegen Cohens Auslegung meines Artikels sage ich, daß ich damals nicht unsere Stellung zum jetzigen Kriege, sondern rein theoretisch alle die Möglichkeiten untersucht habe, die das internationale Interesse des Proletariats in einem Kriege mit sich bringen kann. Ich habe allerdings gesagt, es kann eine Situation eintreten, in der das internationale Interesse des Proletariats gebietet, daß das Proletariat auch hinter einer bürgerlichen Regierung steht, aber ich habe nie eine allgemeine Verpflichtung dazu abgeleitet. Im jetzigen Krieg ist es die Pflicht der deutschen Sozialdemokratie, dem Beispiel der serbischen, russischen, italienischen und rumänischen Sozialdemokratie zu folgen und die Kriegskredite abzulehnen.

Walcher-Berlin: Sogar Ebert hat das Vorgehen des Landesvorstandes gegen die Tagwachtredaktion verurteilt. — Ebert: Die Kontrollkommission hat die Haltung des Parteivorstandes in dieser umfangreichen Angelegenheit vollauf gebilligt.

Heine: Die Fraktion hat seinerzeit die von Haase vorgebrachte Angelegenheit meiner Reichstagsrede mit 29 gegen 14 Stimmen als durch eine Erklärung von mir erledigt angesehen.

Cohen-Reuß hält Kautsky gegenüber seine Ausführungen aufrecht.

Nach weiteren Auseinandersetzung Kautsky-Cohen wird die Verhandlung auf Sonnabend 9 Uhr vertagt.

Schluß 7¼ Uhr.

Verlustlisten.

Erschienen sind:

Preußische Verlustliste Nr. 644.

Bayerische Verlustliste Nr. 303.

Sächsische Verlustliste Nr. 334.

Württembergische Verlustliste Nr. 469.

Nur noch eine Woche

hast Du Gelegenheit, Dir die Vorteile der Kriegsanleihe zu sichern: billigen Erwerb, hohen Zinsengenuß, größte Sicherheit, bequeme Einzahlungsbedingungen, keine Nebenunkosten.

Schluß: Donnerstag, den 5. Oktober mittags 1 Uhr

4674

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Sch... Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.